

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 27. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 11. Dezember 2014
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 22.15 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Franz Vogt
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Rolf Adam, Rahel Balsiger Sonjic, Armin Bieri, Peter Brack, Markus Gruber, Beatrice Hecklin, Maya Meisel, Semra Wagner-Sakar

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21
18.30 Uhr 32 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente**, anstelle des ausgetretenen Simon Maurer, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4214
 2. Bericht des Gemeinderates vom 14.05.2014 und 17.09.2014, sowie der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 10.09.2014, betreffend **Einführung Parkraumbewirtschaftung**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4181 / A
 3. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17.11.2014, **zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2015 – 2019**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4202 / A
-

4. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17.11.2014, zum **Budget 2015 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2015** Geschäft 4201 / A
- 4.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 4.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 19.11.2014 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.11.2014, zu den Budgetpostulaten Geschäft 4201B / C
- 4.1.2 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Kulturförderung kulturelle Organisation Regio Basel, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Organisation ohne Erwerbszweck, Konto 3113-3636 Geschäft 4201B.1
- 4.1.3 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Strassen/Verkehrswege, Kürzung Betrag Strassen/Verkehrswege, Konto 5010 (Investitionsbudget) Geschäft 4201B.2
- 4.1.4 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck, Konto 5790-3636 Geschäft 4201B.3
- 4.1.5 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Haushalte, Winterzulage an EL-Berechtigte, Konto 5790-3637 Geschäft 4201B.4
- 4.1.6 Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an private Haushalte, Winterzulage an EL-Berechtigte, Konto 5790-3637 Geschäft 4201B.5
- 4.1.7 Budgetpostulat von Susan Vogt, FDP-Fraktion, betreffend Kindes- und Erwachsenenschutz, Kürzung Betrag Personalaufwand, Konto Nr. 1401-3010 Geschäft 4201B.6
- 4.1.8 Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130 Geschäft 4201B.7
- 4.1.9 Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130 Geschäft 4201B.8
- 4.1.10 Budgetpostulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin, BDP/GLP betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130 Geschäft 4201B.9
- 4.1.11 Budgetpostulat von Simon Zimmermann und Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130 Geschäft 4201B.10
- 4.1.12 Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Projektentwicklung Lindenplatz, Verschiebung Investitionen, Konto 3420-5010.01 Geschäft 4201B.11
- 4.1.13 Budgetpostulat von Matthias Häuptli, Jérôme Mollat und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Einfrierung Lohnsumme, Konto 3010 Geschäft 4201B.12
-

4.2 DETAILBERATUNG

4.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse

4.2.2 Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2015

5. Bericht des Gemeinderates vom 19.11.2014, betreffend
Kostenrechnung wie weiter?
Globalbudget / Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 3895E
6. Bericht des Gemeinderates vom 19.11.2014, zum Postulat
von Kurt Kneier, CVP-Fraktion, vom 21.10.2014, betreffend
Kein Verkauf der Liegenschaft Dorfplatz 3 (Walmerhaus)
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4209 / A
7. Bericht des Gemeinderates vom 05.11.2014, betreffend
**Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von
CHF 1'326'000.00 inkl. MWST für den Neubau
des Einfachkindergartens „Ziegelei“**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4061D
8. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014, zum Postulat
von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy,
GLP/BDP-Fraktion, vom 20.03.2013, betreffend **Bedürfnis- und
Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw.
Palliativ Care in der Gemeinde Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4132 / A
9. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.06.2014, betreffend
Famienenergänzende Betreuung mit Famex-Kürzungen
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4199 / A
10. Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 03.05.2014, betreffend
günstigere Rahmenbedingungen für Tageskindergärten und Tagesschulen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4189
11. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion,
vom 28.09.2014, betreffend **Unternehmerbeiträge für Aufgaben der Gemeinde**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4207

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 27 vom 11. Dezember 2014

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Jürg Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Jürg Vogt, Präsident: Ich begrüsse Sie zur zweiten Einwohnerratssitzung im Dezember. Es freut mich sehr, dass sie so zahlreich erschienen sind. Es ist nicht selbstverständlich im Dezember so viel Arbeit auf sich zu nehmen. Sie zeigen vollen Einsatz, ein grosser Dank im Voraus. Kurz ein Wort dazu, weshalb wir am Dienstag und am Donnerstag Sitzungen haben. Dies ist so aus Rücksicht auf die Landräte. Sie hatten gestern Sitzung und heute wieder. Sie machen sehr grosse Arbeit und sie haben ein Dankeschön der Bevölkerung von Allschwil verdient.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich habe noch eine Mitteilung. Sie haben den Antrag von Herrn Bammatter auf dem Tisch. Wir werden dies nach der Pause behandeln.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17.11.2014, zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2015 – 2019
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4202 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Gern möchte ich Ihnen den Finanzplan 2015 bis 2019 sowie das Budget 2015 vorstellen. Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen, kennen Sie bereits. Er und ich haben versucht, diese Folie so verständlich wie möglich zu machen. Alle Zahlen sind im Budget und im Finanzplan zu finden, vor allem in der Tabelle Seite 2 und 3. Wir haben bewusst auf andere Auswertungen verzichtet. Sie haben ein Handout der Folien vor sich liegen. Wir fangen mit dem Finanzplan an. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert. Im Rahmen der Einleitung werde ich zuerst die Ausgangslage und die dem Finanzplan zugrunde liegenden Annahmen erläutern. Danach werde ich die grössten bekannten Änderungen der Planperiode nennen und kurz erklären. Im Hauptteil komme ich auf die Entwicklung von unseren Ergebnissen sowie auch auf die Entwicklung in der Investitionstätigkeit in der Planperiode zu sprechen. Ebenso werde ich kurz die Finanzpläne der Spezialfinanzierungen erläutern. Zu guter Letzt ziehe ich noch ein Fazit. Wir kommen zur Einleitung. Ausgangslage für den Finanzplan 2015 bis 2019 ist das Budget 2015. Beim Finanzplan handelt es sich um ein Modell, welches basierend auf dem Budgetjahr die vier nachfolgenden Planjahre mit den bereits bekannten Änderungen simuliert. Anhang der folgenden

Annahmen wurden die Planjahre berechnet. Veränderungen beziehen sich jeweils auf den Finanzplan 2014 bis 2018. Unveränderte Steuerfusse bei natürlichen und juristischen Personen. Ebenso unverändert zum Vorjahr sind die 2,5% Steuerwachstum. Analog zum Vorjahr wurde die Teuerung ab 2016 mit 1% berücksichtigt. Beim Personalaufwand rechnen wir mit 1% Wachstum pro Jahr. Bisher wurde mit 2,25% gerechnet. Die Teuerung mit 1% wurde bereits berücksichtigt. Im Rahmen der generellen Leistungsprüfung wurde beschlossen, auf einen Teuerungsausgleich für den Personalaufwand zu verzichten. Der Kanton verzichtet ebenso auf die Teuerung beim Personalaufwand. Die zusätzliche Reduktion von 1,25% ist zurückzuführen auf die vorzeitigen Pensionierungen im 2013 und 2014, aufgrund der Reform der basellandschaftlichen Pensionskasse und der damit verbundenen Verbesserung der Altersstruktur der Mitarbeitenden. Die Passivzinsen haben wir gegenüber dem Vorjahr um 0,35% auf 1,9% reduziert. Die Zinsen sind aktuell tiefer, jedoch laufen noch bestehende Darlehen in der Planperiode aus. Die Zinssituation ist nach wie vor unsicher. Auf dieser und der nächsten Folie wird auf die grössten uns bisher bekannten Änderungen innerhalb der Planperiode eingegangen. Das sind die Werte, die wir zusätzlich zu den letzten Folien im Modell manuell angepasst haben. Erstens der Finanzausgleich. Wie Sie sicherlich alle den Meiden entnehmen konnten, läuft momentan eine Vernehmlassung zur Revision des Finanzausgleichsgesetzes und der Finanzausgleichsverordnung. Die effektiven Veränderungen, welche der Regierungsrat in der Vorlage dem Landrat vorschlägt, waren zum Zeitpunkt der Finanzplanerstellung leider noch nicht bekannt. Dennoch haben wir die Änderungen bereits aufgrund unserer Erwartungen teilweise berücksichtigt. Wir haben eine Senkung des maximalen Abschöpfungssatzes von 17% auf 15% im 2016 vorgesehen, und eine vom Grenzabschöpfungssatz von 80% auf 65% ab 2017. Effektiv sollte die Vorlage durch den Landrat angenommen werden, findet die Reduktion des maximalen Abschöpfungssatz wie auch die Reduktion des Grenzabschöpfungssatz bereits im 2016 statt. Somit würde unser Finanzplan noch besser aussehen ab 2016. Da der Finanzausgleich zwar nicht wirklich kompliziert ist, aber doch sehr vielschichtig, verweisen wir in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der Interpellation zum Finanzausgleich, der Ihnen bereits zugestellt wurde, und im Januar traktandiert werden wird.

Zweitens, die Ausfinanzierung der basellandschaftlichen Pensionskasse. Im Finanzplan 2014 bis 2018 wurde die Ausfinanzierung der BLPK noch mit CHF 2'200'000 berücksichtigt. Zwischenzeitlich wird aufgrund der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 die Deckungslücke der Lehrpersonen vom Kanton übernommen. Somit beträgt der auszufinanzierende Betrag noch knapp CHF 20'000'000, gegenüber fast CHF 40'000'000, wie im Finanzplan 2014 bis 2018 angenommen. Zusätzlich können wir aufgrund der buchhalterischen Behandlung die Aufwertung des Finanzvermögens aufgrund der Umstellung auf HRM2 mit den CHF 20'000'000 verrechnen. Das hat zur Folge, dass schlussendlich ein Betrag von CHF 18'800'000 im Eigenkapital passiviert und über 20 Jahre abgeschrieben wird. Somit haben wir anstatt CHF 2'200'000 nur noch CHF 690'000, die unsere Erfolgsrechnung belasten. Das ist eine wesentliche Verbesserung zum Vorjahr.

Drittens, die Lehrerlöhne Harnos. Aufgrund von Harnos nehmen die Lehrerlöhne ab August 2015 wegen der Übernahme der sechsten Klasse des Kantons um knapp CHF 1700 Stellenprozent zu. Diese Kosten wurden im 2015 nur für fünf Monate berücksichtigt, da das Schuljahr erst im August anfängt. Ausgehend von Personalkosten im Umfang von CHF 125'000 pro Lehrperson ergibt dies im 2016 einen Zusatzaufwand von knapp CHF 1'240'000. Für diese Ausgaben erhalten wir vom Kanton Kompensationszahlungen.

Viertens, Tagesheim Langmatten II. Der Gemeinderat hat mit dem GAP 380 vom 21.08.2013 beschlossen, das Projekt der Stiftung Tagesheim zu unterstützen. In der Überbauung Langmatten II ist ein Tagesheim für Kinder mit 30 Vollzeitplätzen vorgesehen. Aufgrund der vorliegenden Schätzungen wird davon ausgegangen, dass die 30 neuen Plätze zusätzliche jährliche Elternbeiträge und Subventionen in der Höhe von rund CHF 645'000 zur Folge haben werden. Der Betrieb wird ab Mai 2015 aufgenommen. Für das Jahr 2016 gibt es deshalb eine Erhöhung von einem Drittel dieser Kosten.

Fünftens, Kindergarten Langmatten II. Gemäss der überarbeiteten Kindergartenstrategie hat der Gemeinderat den Antrag gutgeheissen, den Kindergarten Metzgersmatte nur noch bis Sommer 2016 zu betreiben und ihn danach zu ersetzen. Der neue Kindergarten Langmatten II ist eingemietet. Das Mietverhältnis erfolgt auf Core and Shell Basis. Das heisst, dass der Innenausbau zulasten der Gemeinde erfolgt und es wird in der Investitionsrechnung 2015 und 2016 mit total CHF 500'000 belastet. Die jährliche Miete beträgt CHF 120'000 inklusive Nebenkosten. Für die zusätzlichen fünf Monate im 2017 sind deshalb CHF 50'000 berücksichtigt.

Wir kommen zum Hauptteil. Hier sehen Sie, wie sich das Ergebnis im Modell aufgrund der vorher genannten Änderungen in der Planperiode entwickelt. Für das Jahr 2015 budgetieren wir einen Verlust von knapp CHF 700'000. Im Jahr 2016 nimmt dieser Verlust um knapp CHF 1'200'000 zu. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf die höheren Abschreibungen und den höheren Fremdkapitalzinsaufwand aufgrund von unseren hohen Investitionstätigkeiten im Bildungsbereich

zurückzuführen. In den Jahren 2017 und 2018 resultiert ein Gewinn. Dieser Gewinn ist auf den Verkauf des Areals Sturzenegger sowie die Schulhäuser Bettenacker und Gartenstrasse zurückzuführen. Diese sind bis zum Verkaufszeitpunkt im Verwaltungsvermögen und werden zu historischen Werten geführt. Eine Aufwertung zum Marktwert erfolgt erst beim Verkauf bzw. bei der Umgliederung ins Finanzvermögen. Die ersten Verkäufe sind bereits im Jahr 2016 vorgesehen. Die Buchgewinne müssen gemäss Gemeinderechnungsverordnung zuerst zwingend mit dem Defizit zur Ausfinanzierung der BLKP verrechnet werden. Erst nach 2017, wenn das Defizit abgetragen ist, sind sie erfolgswirksam. Als Folge daraus entfällt ab 2017 die Abschreibung des Defizits. Am Ende der Planperiode im 2019 besteht noch ein strukturelles Defizit von knapp CHF 1'000'000. Da sehen wir, wie sich die Investitionen in der Planperiode verhalten werden. Auf die Investitionen im Budgetjahr 2015 werden wir nachher in der Budgetpräsentation eingehen. Ich beschränke mich auf die grössten Investitionen ab 2016. 2016: CHF 22'400'000, davon CHF 18'800'000 für das Schulhaus. Die grössten restlichen Investitionen betreffen Strassensanierungen, Sanierung der öffentlichen Beleuchtung und den Lindenplatz. 2017: CHF 6'900'000, davon noch knapp CHF 1'000'000 für das neue Schulhaus. Dazu gehören hauptsächlich Abschluss- und Umgebungsarbeiten. Ebenso werden CHF 2'700'000 für die Ausführungen des Wegmattenparks investiert. Die grössten restlichen Investitionen betreffen ebenfalls Strassensanierungen, Sanierungen der öffentlichen Beleuchtung sowie den Lindenplatz. 2018: CHF 5'200'000, davon sind knapp CHF 2'300'000 für Korrektur des Hegenheimermttwegs vorgesehen und CHF 600'000 für die Bodensanierung und den Abbruch der Schiessanlage Mühlerain. Die grössten restlichen Investitionen betreffen auch hier die Strassensanierungen. 2019: CHF 5'900'000, davon sind knapp CHF 4'500'000 für die Korrektur des Hegenheimermttwegs vorgesehen. Die restlichen grösseren Investitionen betreffen auch hier Strassensanierungen. Wie viele von diesen Investitionen können wir selber finanzieren? Eine gute Kennzahl, um diese Frage zu beantworten, ist der Selbstfinanzierungsgrad. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt auf, inwieweit die Investitionen aus selber erarbeiteten Mitteln bezahlt werden können. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% entspricht einer vollständigen Finanzierung der Netto-Investitionen durch eigene Mittel. Wie man aus dieser Grafik unschwer erkennen kann, ist der Selbstfinanzierungsgrad besonders bis 2016 aufgrund unserer hohen Investitionstätigkeit sehr tief. Das hat zur Folge, dass unsere Netto-Verschuldung während dieser Periode stark zunehmen wird. Um das genauer zu analysieren, wechseln wir auf die nächste Folie. Ende 2013 war die Gemeinde Allschwil netto schuldenfrei. Das heisst, dass das Finanzvermögen grösser als das Fremdkapital war. Die Netto-Verschuldung nimmt bis ins Jahr 2016 konstant zu. Sie wird erst ab 2017 aufgrund der geplanten Verkäufe des Areals Sturzenegger sowie der Schulhäuser Bettenacker und Gartenstrasse leicht abnehmen. Im Jahr 2019 nimmt unsere Netto-Verschuldung wieder leicht zu, da unser Selbstfinanzierungsgrad hauptsächlich wegen der Sanierung des Hegenheimermttweges auf unter 100% fällt. Können wir uns überhaupt eine so hohe Netto-Verschuldung leisten? Eine wichtige Kennzahl, um dies zu beantworten, ist der Kapitaldienstanteil. Dazu gehen wir auf die nächste Folie. Hier sieht man die Entwicklung des Kapitaldienstanteils. Dieser gibt darüber Auskunft, wie stark der laufende Ertrag durch die Kapitalkosten, sprich Abschreibungen und Fremdkapital Zinsaufwand, belastet wird. Unter 5% ist es eine geringe Belastung. 5% bis 10% ist eine tragbare Belastung. Über 15% wäre es eine hohe Belastung. Nach den Investitionen und vor der Umsetzung der C-Massnahmen der generellen Leistungsüberprüfung ist es noch im tragbaren Bereich. Wir kommen zu den Spezialfinanzierungen. Um die Spezialfinanzierungen zu beurteilen, ist folgende Übersicht geeignet. Der erste Balken zeigt immer das Verwaltungsvermögen, also den Wert der Aktiven der Spezialfinanzierung. In diesem Fall ist es der Wert der Wasserleitungen, Reservoir, Pumpwerk usw. Der zweiten Balken zeigt die Netto-Schuld, also eine Verbindlichkeit gegenüber der Einwohnerkasse, positiv oder negativ. Die Differenz zwischen dem linken und dem rechten Balken ergibt das Eigenkapital. In der Idealsituation ist die Spezialfinanzierung selbstfinanziert oder hat eine tiefe Nettoschuld. Wie man dieser Grafik entnehmen kann, ist dies fast während der ganzen Periode gegeben. Die laufenden Erträge und die Anschlussbeiträge können die laufenden Kosten decken und die Investitionen finanzieren. Somit ist das eine gesunde Spezialfinanzierung. Wir kommen zum Abwasser. Beim Abwasser sieht die Situation anders aus. Hier besteht während der ganzen Planperiode eine Netto-Vermögen. Das bedeutet, dass die Spezialfinanzierung mehr Eigenkapital hat, als sie für die Erfüllung ihrer Zwecke benötigt. Das Netto-Vermögen nimmt gewollt während der ganzen Planperiode ab und es erfolgt ein Substanzabbau. Die laufenden Erträge decken die Investitionen und die laufenden Aufwendungen nicht. Ziel ist es, eine ähnliche Situation wie bei der Wasserversorgung zu erreichen, somit sind wir auch da auf gutem Wege. In dieser Grafik sieht man schön, dass die Gemeinde viel in die Abwasserleitungen investiert und somit deren Wert laufend zunimmt. Zur Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung. Hier sieht die Situation ähnlich wie beim Abwasser aus. Wir bauen die Substanz über die Planperiode kontinuierlich ab, um eine ähnliche Situation wie bei der Wasserversorgung zu erreichen. Auch hier sind wir auf gutem Wege.

Wir kommen zum Fazit. Im Rahmen des Finanzplanes 2014 bis 2018 hat das strukturelle Defizit am Ende der Planperiode 2018 ohne Buchgewinn knapp CHF 8'000'000 betragen. Neu beläuft sich das erwartete strukturelle Defizit auf knapp CHF 1'000'000. Die Hauptgründe dafür sind folgende: Revision des Finanzausgleichs. Übernahme der Ausfinanzierung der Lehreranteile der BLPK durch den Kanton. Die generelle Leistungsüberprüfung, Massnahmen A und B, wobei die C-Massnahmen noch nicht umgesetzt sind. Weniger vorsichtig budgetierte Steuererträge. Wie Sie sehen, haben sich unsere Erwartungen für die Zukunft gegenüber dem Vorjahr massiv verbessert. Wir sind noch nicht am Ende unserer Sparmassnahmen angekommen. Die C-Massnahmen bei der generellen Leistungsüberprüfung sind noch nicht abgeschlossen. Da erwarten wir eine weitere Entlastung unserer Aufwendungen. Auch in Zukunft müssen wir unbedingt neue und nicht zwingende Ausgaben vermeiden. Die Richtung ist gut, aber der Weg dorthin noch weit. Natürlich haben wir mit unserem Finanzplan nicht abschliessend alle zu erwarteten Änderungen vollständig berücksichtigen können. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Umsetzung noch nicht sicher ist, aber auch weil der Einfluss auf unsere Finanzen nicht prognostizierbar sind. Hier eine Aufstellung von den von uns bekannten Änderungen. Veränderung aufgrund der Revision des Finanzausgleichsgesetz. Wie bereits vorhin erwähnt, haben wir im aktuellen Finanzplan die Revision des Finanzausgleichs teilweise berücksichtigt. Wir müssen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht, wie der Landrat über die aktuelle Vorlage des Regierungsrates entscheiden wird. Die Entwicklung der Ergänzungsleistungen im Bereich Alter. Durch die Übernahme der Ergänzungsleistungen im Bereich Alter übernehmen wir auch das demografische Risiko. Das können wir nicht entsprechend berücksichtigen, da der zu erwartete Einfluss schwer messbar ist. Die Folgen der Unternehmenssteuerreform III und ihre unmittelbare Einflüsse auf die Steuererträge. Die Unternehmenssteuerreform III ist momentan in der Vernehmlassung der Kantone. Für uns Allschwiler könnte vor allem die Lizenzbox, welche insbesondere die Erträge aus immateriellem Güterrecht privilegieren könnte, um damit Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationstätigkeit starke Folgen haben. Die Umsetzung der Massnahmen zur Beseitigung des strukturellen Defizits gemäss der generellen Leistungsüberprüfung, C-Geschäfte, sind momentan noch in Ausarbeitung. Die Bevölkerungsentwicklung durch private Bautätigkeit respektive deren Auswirkungen auf die Steuerkraft. Wir können aufgrund der uns aktuellen bekannten Bautätigkeit nur die Anzahl von neuen Einwohnern schätzen. Aus welchen Einkommensschichten sie sich zusammensetzen, wie alt sie sind und wie wir für weitere Kinder Schulen benötigen, können wir nicht einschätzen. Wie Sie sehen, ist Finanzplanung eine sehr ungenaue und schwierige Sache. Insbesondere im öffentlichen Bereich ist es aufgrund der grossen Abhängigkeit von Regulatoren sehr schwierig, die Zukunft abzuschätzen. Zusätzlich zu den oben erwähnten Sicherheiten kann alles Mögliche passieren. Der Kanton kann die Erhöhung der Primarlehrerlöhne beschliessen. Wir müssen den Mehraufwand dann tragen. Der Bund kann neue Sicherheitsvorschriften für Schulhäuser beschliessen, und wir bezahlen. Die Wirtschaftslage kann sich verschlechtern, wir haben weniger Steuererträge, dafür mehr Aufwand bei der Sozialhilfe. An dieser Stelle möchte ich die Forderung der Fireko nach einem 10-Jahres-Finanzplan. Ein 5-Jahres-Finanzplan ist bereits sehr vage. Selbst ein Unternehmen in der Privatwirtschaft, welches viel weniger Regulatoren unterliegt und eine höhere Selbstentscheidung hat, kann kaum auf fünf Jahre eine Prognose machen, geschweige denn auf zehn Jahre. Ich möchte dem Einwohnerrat wärmstens empfehlen, auf die Einführung eines 10-Jahres-Finanzplan zu verzichten. Das könnte höchstens falsche Erwartungshaltungen wecken. Zusätzlich sind uns zu diesem Zeitpunkt keine Änderungen bekannt, die nach fünf Jahren eintreffen könnten. Ein 10-Jahres-Finanzplan wäre eine rein mathematische Weiterführung der letzten Planjahre. Mit dieser Bitte bin ich am Schluss der Präsentation zum Finanzplan.

Jürg Vogt, Präsident: Ich danke Gemeinderat Vogt für die detaillierte und ausführliche Berichterstattung. Wir haben seinen Wunsch glaub alle gehört.

René Imhof, Fireko-Präsident: An der Sitzung der Fireko vom 18. September wurde von Franz Vogt, vom Gemeinderat sowie von Hauptabteilungsleiter Joseph Hammel der Finanzplan der Einwohnergemeinde Allschwil und die Spezialfinanzierungen für die Jahre 2015 – 2019 präsentiert. In der Folge des Auftrags der Fireko wurde dieser von der BDO AG überprüft. Dieser Aufgaben- und Finanzplan hat der Einwohnerrat gemäss den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Unsere Feststellungen. Der Finanzplan 2015 bis 2019 weist strukturelle Defizite zwischen CHF 1'500'000 und CHF 2'400'000 aus, welche nach der Planung des Gemeinderates nur durch den Verkauf von Liegenschaften im Finanzvermögen und der daraus resultierenden Buchgewinne egalisiert werden können. Während das Defizit im Jahr 2013 noch einen Betrag von CHF 745'000 erreicht hat, weist das letzte Planjahr 2019 bereits ein Defizit von nicht weniger als CHF 1'657'000

aus. Die Entwicklung vom Eigenkapital, CHF 12'000'000 per Ende 2013, bleibt demgegenüber aufgrund der geplanten Liegenschaftsverkäufe stabil, sofern die geplanten Liegenschaftsverkäufe überhaupt realisiert werden können. Das Netto-Investitionsvolumen beläuft sich gemäss dem Finanzplan 2015 bis 2019 auf CHF 98'900'000, wobei der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad lediglich bei 30% liegt und aufgrund der Buchgewinne stark schwankt. Die hohen Defizite einerseits und der tiefe Selbstfinanzierungsgrad andererseits haben Auswirkungen auf die Neuverschuldung der Gemeinde Allschwil, indem die Nettoschuld bis zum 31. Dezember 2019 auf hohe CHF 89'740'000 ansteigen wird. Bei den Steuereinnahmen wird für die gesamte Planungszeit von unveränderten Steuerfüssen ausgegangen. Dabei wird gleichzeitig angenommen, dass die Steuereinnahmen um rund 2,5% zunehmen werden, was deutlich über dem durchschnittlichen Wachstum der letzten Jahre liegt und darum für ambitiös gehalten werden muss. Die Ausfinanzierung der Pensionskassensanierung wird schliesslich mit einem Betrag von CHF 690'000 pro Jahr zu Buche schlagen.

Unsere Bemerkungen. Die Fireko ist über das sich abzeichnende strukturelle Defizit und die damit einhergehende hohe Verschuldung weiterhin sehr besorgt. Ohne einschneidende und baldige Gegenmassnahmen drohen die Finanzen der Einwohnergemeinde Allschwil nach wie vor aus dem Ruder zu laufen. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen der BDP vom 1. Oktober 2014 empfiehlt die Fireko dem Gemeinderat, inskünftig sämtliche Planungsmassnahmen zu plausibilisieren, um das strukturelle Defizit als Basis für weitere Massnahmen möglichst exakt bestimmen zu können. Um ein mittelfristiges Gleichgewicht erzielen zu können, werden jedenfalls Minderausgaben oder Mehreinnahmen in der Grössenordnung vom strukturellen Defizit notwendig sein. Um das zu erreichen, möchte die Fireko den Gemeinderat, wie bereits im Bericht zum Budget 2015 erwähnt, erneut dazu einladen, einen Finanzplan mit einem 10-Jahreshorizont betreffend der Schuldenhöhe einzureichen. Der Gemeinderat wurde dazu bereits im Bericht zur Rechnung vom 20. Mai 2014 eingeladen. Dieser Einladung wurde bisher unverständlicherweise ein keiner Weise Folge geleistet. Dem Gemeinderat wird empfohlen beim Kantons nochmals wegen dem Finanzausgleich vorstellig zu werden. Die gegenwärtige Finanzausgleichsregelung hat oftmals zur Folge, dass die Nehmer-Gemeinden nach dem Finanzausgleich finanziell besser dastehen als die Geber-Gemeinden. Das ist nicht im Sinn und Zweck eines Finanzausgleichs.

Die Empfehlung an den Einwohnerrat. Die Fireko empfiehlt dem Einwohnerrat mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen den Aufgaben- und Finanzplan und die Spezialfinanzierungen über die Jahre 2015 bis 2019 zur Kenntnis zu nehmen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Die Fraktion der SP dankt dem Gemeinderat und der ganzen Verwaltung für den Bericht, sie dankt auch der Fireko für den Bericht. Wir danken dem Gemeinderat, dass er den aktuellen Gegebenheiten Rechnung trägt im Finanzplan. Wir finden das gut, sogar mehr als das. Gestern haben wir gehört, dass wir das nicht immer machen. Ich empfehle dem Einwohnerrat dringendst, nicht nur Kenntnis davon zu nehmen, sondern das Ding zu behalten für die nächsten Jahre. Erlauben Sie mir eine Bemerkung zum Finanzplan, Seite 16. Dort ist eine Tabelle aufgeführt mit einigen Sachen, die erfüllt oder nicht erfüllt wurden. Früher hatten wir Smileys, die lächeln oder eben nicht. Eines von diesen erfüllten Sachen ist der Steuerfuss von natürlichen Personen von maximal 58%. Wir denken, dass wenn dieser einmal nicht erfüllt ist, dann sind dafür einige andere erfüllt. Dies wäre eine Überlegung wert, insbesondere wenn wir der Finanzstrategie des Gemeinderates nicht folgen, obwohl wir das dreimal gesagt haben.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat wie folgt zu beschliessen:

1. Vom Aufgaben- und Finanzplan der Einwohnergemeinde sowie von den Aufgaben- und Finanzplänen der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung 2015 – 2019 wird Kenntnis genommen (Geschäft 4202).

://

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich mit einem Nein und bei einer Enthaltung zugestimmt.

://

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich zur Kenntnis genommen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 17.11.2014, zum Budget 2015 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2015, Geschäft 4201 / A

Jürg Vogt, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist? Ich stelle Stillschweigen fest, somit ist das Eintreten gegeben.

Franz Vogt, Gemeinderat: Wir kommen zur Budgetpräsentation des Budgets 2015. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert. In einem ersten Schritt werde ich kurz über die Grundlagen des Budgets 2015 informieren. Im zweiten Schritt werde ich die Eckwerte zum Budget, die grössten Abweichungen zum Budget 2014, die grössten Investitionen 2015 und kurz das Budget der Spezialfinanzierungen 2015 erörtern. In einem letzten Schritt werde ich kurz ein Fazit ziehen.

Wir kommen zur Einleitung. Unverändert zum Vorjahr gilt nach wie vor die strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2013 bis 2018 als Basis für die Budgetvorgaben und diese hat wiederum die Grundlage gebildet. Budgetvorgaben werden jeweils im Mai aufgrund der aktuellen Kenntnisse und nach bestem Wissen und Gewissen vom Gemeinderat beschlossen. Dem Gemeinderat war es wichtig, realistische Vorgaben zu machen. Unsere Vorgaben waren die folgenden. Das Defizit muss zwingend kleiner als CHF 2'000'000 sein. Keine wesentlichen neuen ungebundenen Aufwände. Im Finanzplan 2014 bis 2018 hat sich ein strukturelles Defizit abgezeichnet. Die Ausgaben steigen stärker an als die Steuereinnahmen. Ohne Gegenmassnahmen wird sich die Situation verschärfen. Aufgrund dieser Ausgangslage hat der Gemeinderat im 2014 eine generelle Leistungsüberprüfung lanciert. Die Massnahmen sind, wie Sie wissen, in drei Kategorien aufgeteilt. Massnahmengruppe A liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates. Massnahmengruppe B liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Massnahmengruppe C, die noch einer vertieften Analyse und Abklärungen bedürfen, werden erst zu einem späteren Zeitpunkt budgetwirksam. Dazu gehören Outsourcing-Fragen, die Überprüfung von subventionierten Bereichen und die Überprüfung des Versicherungsportfolios. Die Massnahmen A und B sind im Budget berücksichtigt. Mit diesen Massnahmen konnten wir knapp CHF 1'000'000 einsparen. Die C-Massnahmen sind grösstenteils noch in Ausarbeitung. Das Budget 2014 wurde erstmals nach HRM2 dargestellt. Somit wird im Rahmen des Budgets 2015 HRM2 zum zweiten Mal angewendet. Die Jahresrechnung 2013 wurde nicht angepasst, da dies von der Gemeindeverordnung nicht vorgesehen ist bzw. mit sehr viel Aufwand verbunden gewesen wäre. Im Rahmen der nachträglichen Überprüfung, aus technischen Gründen war dies vor der Publikation des Budgets nicht möglich, haben wir festgestellt, dass der Investitionskredit Projektierung Lindenplatz mit der jetzigen Kontierung nicht zulässig ist. Die richtige Kontierung ist 3420-5030. Das hat keinen sonstigen Einfluss auf das Budget und ist rein formell. Ebenso haben wir festgestellt, dass auf Seite 34 des Budgets zwei Bezeichnungen in der Artengliederung fehlen. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler. Auch dieser hat keinen Einfluss aufs Ergebnis. Bitte beachten Sie, dass die Auswertungen aufgrund der Umstellung auf HRM2 systemtechnisch noch nicht automatisch aus dem System gezogen werden können. Wir arbeiten zusammen mit den anderen Gemeinden und unserem IT-Anbieter an dieser Problematik. Wir kommen schon zum Hauptteil.

Im Vorjahresvergleich sinkt der budgetierte Verlust von CHF 2'420'000 auf CHF 673'000. Aufgrund diverser neuer Ausgabenverschiebungen und Kompensationszahlungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden ist ein Vergleich relativ schwierig. Ich werde aber zur besseren Erläuterung auf der nächsten Folie detailliert auf die Abweichungen zum Budget 2014 eingehen. Im Bereich der Investitionsrechnung nehmen die Ausgaben hauptsächlich aufgrund der Investitionen im Bildungsbereich massiv zu. Die Einnahmen in der Investitionsrechnung resultieren aus den Anschlussbeiträgen, die aufgrund der starken Bautätigkeit 2015 weiter zunehmen werden. Wesentliche Änderungen. Der budgetierte Personalaufwand hat hauptsächlich aufgrund der Löhne der Lehrpersonen inklusive logopädischer Dienst und Schulleitung um knapp eine Million zugenommen. Dies ist auf die Umsetzung von Harmos und des sechsten Schuljahres zurückzuführen. Der budgetierte Sachaufwand konnte aufgrund der generellen Leistungsüberprüfung und aufgrund sonstiger Einsparungen reduziert werden.

Passivzinsen. Fremdkapitalzinsen nehmen im 2015 aufgrund der steigenden Verschuldung zu. Gesamthaft werden wir im 2015 voraussichtlich CHF 39'000'000 investieren.

Abschreibungen. Die Abschreibungen nehmen im Vergleich zum Vorjahr zu. Das ist hauptsächlich auf die Abschreibung der Ausfinanzierung des Pensionskassendefizits der BLPK zurückzuführen. Diese machen im Budget CHF 690'000 aus.

Transferaufwand. Der Transferaufwand nimmt hauptsächlich aufgrund der geplanten Teilrevision vom Ergänzungsleistungsgesetz zu. Die EL wird aktuell statisch zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt. Es gibt keine Aufteilung zwischen EL im Alter und der IV-EL. Neu sollen die Ergänzungsleistungen im Alter und IV aufgeteilt werden. Die Gemeinden übernehmen den Bereich Alter. Für Allschwil wird mit zusätzlichen Kosten von CHF 2'000'000 gerechnet.

Wir kommen zum Ertrag, Steuerertrag. Im Vergleich zum Vorjahr werden CHF 2'790'000 mehr Steuereinnahmen budgetiert. Wir erwarten im Vergleich zum Budget 2014 um CHF 3'590'000 höhere Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen, andererseits um CHF 800'000 tiefere Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Bei den natürlichen Personen wurde für das Budget 2015 die Wachstumsrate des Kantons auf dem letzten definitiv veranlagten Steuerjahr 2012 angewendet. Bei den juristischen Personen haben wir eine detaillierte Analyse der Entwicklung der Steuererträge mit jährlichen Steuereinnahmen grösser als CHF 20'000 durchgeführt. Dies hatte zur Folge, dass wir CHF 800'000 weniger Steuereinnahmen im Vergleich zum Budget 2014 erwarten.

Transferertrag. Beim Transferertrag gibt es hauptsächlich zwei Ertragstreiber. Erstens die Kompensationszahlungen des Kantons für die Übernahme des sechsten Schuljahres aufgrund Harmos. Hier gehen wir von knapp CHF 1'000'000 aus. Zweitens ist die Kompensationszahlungen des Kantons für die Übernahme der Ergänzungsleistungen im Alter knapp CHF 2'700'000. Diese Kompensationsleistung ist höher als der zusätzliche Aufwand, da der Kanton in den Jahren 2015 bis 2016 den Gemeinden für in der Vergangenheit Zuviel bezahlte Ergänzungsleistungen zurückerstattet. Dies sind die wesentlichen Investitionen im Detail, in Tausender. Investitionen für Spezialfinanzierungen sind darin nicht enthalten. Allgemeine Verwaltung, CHF 238'000. Diese setzen sich zusammen aus CHF 107'000 für einen neuen Server und CHF 91'000 für die Kosten/Leistungsrechnung. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit investieren wir im Planwert CHF 30'000 für die Vermessung der Feldgebiete. Im Bildungsbereich tätigen wir am meisten Investitionen, die grössten sind die folgenden. CHF 34'700'000 für unser neues Schulhaus. CHF 2'717'000 für den Dreifachkindergarten Pestalozzi. CHF 520'000 für die Grundsanierung des Kindergartens Schlappenmatten. CHF 448'000 in den Ausbau des Kindergartens Langmatten II. CHF 180'000 in das Schulhaus Neu-Allschwil in Brandschutzmassnahmen. CHF 180'000 in die Schulhäuser Schönenbuchstrasse ebenfalls in Brandschutzmassnahmen. Im Bereich Kultur investieren wir in folgende Projekte. CHF 250'000 Projektentwicklung Lindenplatz und CHF 50'000 Projektierung Wegmatten. Im Bereich Gesundheit handelt es sich unverändert zu den Vorjahren um den Investitionsbeitrag ans AZ am Bachgraben. Im Bereich der sozialen Sicherheit investieren wir CHF 140'000 in eine Flachdacherneuerung des Tagesheimes Baslerstrasse 255. Im Bereich Verkehr investieren wir CHF 265'000 in die Sanierung der Bachgrabenpromenade, CHF 400'000 in Strassensanierungen und CHF 450'000 in Strassenbeleuchtung. Im Bereich der Umwelt und Raumplanung ohne Spezialfinanzierungen investieren wir CHF 350'000 in betreutes Wohnen Wegmatten und CHF 104'000 in einen neuen Kleintraktor für den Friedhof.

Zum Budget 2015 der Spezialfinanzierungen. Die Wassergebühren bleiben 2015 unverändert. Für die Spezialfinanzierung Wasserversorgung wird ein Mehrertrag in der Erfolgsrechnung von CHF 1'028'000 budgetiert. Aufgrund der grossen anstehenden Investitionen und dem tiefen Eigenkapital sind diese Mehrerträge für die Kapitalbildung unbedingt erforderlich. Die Netto-Investitionen betragen CHF 1'015'000, diese können zu 134% selber finanziert werden. Auch die Abwassergebühren bleiben im 2015 unverändert. Die Abwasserbeseitigung generiert einen kleinen Mehrertrag von CHF 59'000. Die Netto-Investitionen betragen CHF 1'405'000. Diese können nur zu einem geringen Anteil von 15% selber finanziert werden. Der tiefe Gewinn bei der hohen Investitionstätigkeit ist absichtlich und dient dazu, Substanz abzubauen und somit das hohe Netto-Vermögen zu reduzieren. Auch die Abfallgebühren bleiben im 2015 unverändert. Die Abfallbeseitigung generiert einen kleinen Mehrertrag von CHF 9600. Die Netto-Investitionen betragen CHF 202'000 und können somit nur zu 14% selber finanziert werden. Auch hier ist der tiefe Gewinn bei den hohen Investitionen gewollt, um Substanz abzubauen und das hohe Netto-Vermögen zu reduzieren.

Wir kommen zum Fazit. Mit einem budgetierten Defizit von CHF 673'104 wurde die realistische Budgetvorgabe des Gemeinderates eingehalten. Das Budget 2015 zeigt ein besseres Ergebnis als das Budget 2014 und ein viel besseres Ergebnis als der Finanzplan 2014 bis 2018. Die generelle Leistungsüberprüfung zeigt bereits Wirkung und die C-Massnahmen werden noch weiter zur Sanierung beitragen. Es wird in den kommenden Jahren Anstrengungen von allen brauchen, vom Gemeinderat, der Verwaltung und vom Einwohnerrat. Also, packen wir es an.

René Imhof, Fireko-Präsident: Ich möchte das Mikrofon dem Vizepräsidenten weitergeben, Stephan Wolf. Ich hatte heute eine Wurzelbehandlung beim Zahnarzt.

Stephan Wolf, Vizepräsident Fireko: Ich komme ein bisschen unverhofft zu diesem Auftrag und muss darum aus dem Stehgreif sprechen, aber das wird schon klappen. Die Fireko hat das Budget 2015 anlässlich der Sitzung vom 18. September 2014 präsentiert erhalten. Wir haben wie üblich die Subkommissionen gebildet bzw. diese belassen, die wir hatten. Wir haben das Budget auf Stichproben hin untersucht und zuhanden des Gemeinderates einen Fragekatalog erstellt, welcher zur Zufriedenheit der Fireko beantwortet wurde. Parallel dazu haben wir die BDO AG, unsere Revisionsstelle, beauftragt, das Budget unter die Lupe zu nehmen. Wir haben festgestellt, dass das Budget 2015 von einem Defizit von CHF 673'000 ausgeht. Das budgetierte Defizit für das Jahr 2015 ist deutlich tiefer als es im Vorjahr 2014 der Fall war. Der Aufwand für das Jahr 2015 wird ziemlich steigen, das wurde vorhin erwähnt bei der Präsentation durch den Gemeinderat Franz Vogt, nämlich um 5,2%. Das hat vor allem mit den Schulen zu tun, Harmos wird eingeführt, es gibt eine sechste Klasse etc. Es gibt aber auch Mehrausgaben bei der Pensionskasse, die ausfinanziert werden muss. Die Finanzausgleichszahlungen sind von der Gemeinde Allschwil auch zu übernehmen. Das Budget ist trotzdem tiefer als im letzten Jahr, das liegt daran, dass mit deutlich höheren Steuereinnahmen gerechnet wird, vor allem bei den natürlichen Personen. Das führt zu einem deutlich tieferen Defizit im Budget 2015. Zusammen mit der BDO AG sind wir zum Schluss gekommen, dass die getroffenen Steuerannahmen für die juristischen Personen realistisch sind. Bei den natürlichen Personen schauen wir die budgetierten Steuereinnahmen als ambitiös an. Ob das wirklich so eintreffen wird, wird sich zeigen. Die Fireko schliesst sich den Empfehlungen der BDO AG an, dass man die Entwicklung der Steuereinkommen regelmässig überprüft, damit wir bei allfälligem Nichteintreffen des Budgets zeitnahe reagieren können. Die Fireko hat den Gemeinderat eingeladen, einen 10-Jahresplan wegen den Schulden zu erstellen. Wir haben heute gehört, dass Gemeinderat Franz Vogt von dieser Idee wenig begeistert ist. Da haben wir unterschiedliche Auffassungen, das kann vorkommen. Die Fireko ist zum Schluss gekommen, dass sie dem Gemeinderat eine saubere und ordnungsgemässe Budgetplanung attestieren kann. Darum empfiehlt die Fireko den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen, nämlich das Budget 2015 zu genehmigen. Das genaue Stimmverhältnis innerhalb der Fireko kann man dem Bericht entnehmen, das lese ich hier nicht nochmals vor. Die Fireko empfiehlt, den Steuersatz der natürlichen Personen unverändert bei 58% von der Staatssteuer zu belassen und auch bei den juristischen Personen so festzusetzen, wie es vom Gemeinderat vorgeschlagen wird. Auch hier verweise ich auf die schriftlichen Anträge, ohne diese hier nochmals vorzulesen.

Traktandum 6.1.0 Eintretensdebatte

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Beratung der Budgetpostulate.

Stephan Wolf, Vizepräsident Fireko: Eine Gesamtbemerkung habe ich nicht. Ich schlage vor, dass die Stellungnahme der Fireko zu jedem einzelnen Budgetpostulat separat erfolgt, so wie wir das in den Vorjahren auch gemacht haben.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich möchte gerne generell etwas zum Budget sagen. Die SP bedankt sich sehr herzlich beim Gemeinderat und den Finanzspezialistinnen und Finanzspezialisten. Wir haben zwei Präsentationen gehört und wir haben gesehen, dass der Gemeinderat und die Leute von der Verwaltung sich Mühe gegeben haben, uns dies so darzustellen, damit wir das in kurzer Zeit sehr gut aufnehmen können. Die wichtigsten Punkte wurden herausgestellt. Das ist nicht selbstverständlich und das ist eine grosse Arbeit, dafür möchte sich die SP-Fraktion sehr herzlich bedanken. Die Situation, dass der Gemeinderat immer wieder angesprochen wird auf den 10-Jahresplan, kann ich auf der einen Seite verstehen. Auf der anderen Seite, wenn wir sehen, was vor zwei Tagen abgelaufen ist, dann haben wir einen grossen Einfluss auf die ganze Finanzplanung. Wenn wir fünf Jahre voraus schauen, dann sind wir schon weit. Die Dynamik im Ganzen ist in einer Dimension, wo die Zuverlässigkeit auf zehn Jahre der Zuverlässigkeit des Wetterberichts auf einen Monat entspricht. Wir von der SP-Fraktion, ich sage das grad jetzt, möchten Punkt 6.1.13 streichen. Die Fireko hat bereits gesagt, dass die gesetzlichen Bestimmungen im Personal- und

Besoldungsreglement dies erfordern, dass wir dieses Traktandum absetzen müssen. Wir werden dies dann beantragen, wenn wir so weit sind.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Zur Gültigkeit des Budgets postulats werden wir später noch etwas sagen. Ich erlaube mir allgemeine Ausführungen zum Finanzplan und zum Budget. Das Budget 2015 sieht ein Defizit von weiterhin CHF 700'000 vor. Ein strukturelles Defizit, welches immer noch bedenkliche CHF 2'000'000 ausmacht, finden wir besorgniserregend. Aufgrund der Vorfinanzierung und Sonderabschreibungen in den Vorjahren werden wir weiterhin stille Reserven auflösen. Das effektive Ergebnis wird um rund CHF 1'000'000 schlechter sein als ausgewiesen. Uns machen auch die relativ hoch angesetzten Erwartungen bei den Steuererträgen von 2,5% jährlich Sorgen, wir sehen das als zu optimistisch. Für uns ist die Finanzlage immer noch relativ schlecht und wir finden das umso bedenklicher, als dass wir uns in einer ausgezeichneten Wirtschafts- und Zinslage befinden. Sollte sich diese Lage verschlechtern, dann würden die ganzen Finanzen möglicherweise aus dem Ruder laufen. Die Fireko hat vor rund einem halben Jahr den Gemeinderat dazu aufgefordert, einen Finanzplan vorzulegen, der ein ausgeglichenes Ergebnis ausweist. Das ist leider so nicht erfolgt. Wir meinen auch, dass die Sparanstrengungen noch nicht reichen. Wir bedauern es ausserordentlich, dass die C-Massnahmen nicht mit der notwendigen Dringlichkeit und ohne Terminierung vorangetrieben werden. Andererseits muss sich der Einwohnerrat auch selber an der Nase nehmen. Wir sprechen immer gerne vom Sparen und von einem gesunden Finanzhaushalt. Wenn es um konkrete Massnahmen geht, krebzen wir sehr gerne zurück. Aus diesen Gründen können wir das Budget 2015 mit einem Defizit von effektiv rund CHF 1'700'000 nicht gutheissen. Wir werden uns darum bei der Budgetgenehmigung der Stimme enthalten.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Die Fokussierung auf ein möglichst ausgeglichenes Budget hat Einschnitte im sozialen Bereich zur Folge. Das ist die unguete Seite des Budgets 2015. Ich erinnere an das preisgünstige Wohnen. Das wird verunmöglicht, indem die Gemeinde alles Bauland im eigenen Besitz an Private verkauft. Somit wird preisgünstiges Wohnen verunmöglicht. Weiterhin findet die Armutsbekämpfung nicht statt. Eine Armutsstudie ist anscheinend zu teuer. Die Subvention der Famex wird gestrichen. Die Frühförderung muss auf Betteltour gehen. Die Winterhilfe wird geopfert. Die kostenlose Rechtsberatung soll verschwinden. Durch die Streichung der Beiträge an das Stadttheater Basel soll auch die Kultur ihr Fett abkriegen. Mich interessiert, was in den Köpfen vorgeht. Es sind keine grossen Beträge, die hier gestrichen werden, aber sie sind sehr notwendig für die Menschen in Armut. Die Folge davon ist, dass das Wohlbefinden sinken wird und die Folge wird sein, dass der soziale Frieden gestört wird. Das ist schade, das können wir vermeiden durch kleine Verbesserungen des Budgets. Ich hoffe, dass diese noch eintreten werden im Laufe der Debatte.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wenn ich mich zurückerinnere, was wir letztes Jahr zu diesem Zeitpunkt für eine hitzige Diskussion hatten, dann frage ich mich, ob es daran liegt, dass die Energie und das Pulver am Dienstag verschossen wurden. Oder es liegt daran, dass die Mehrheit den Weg des Gemeinderates und der Einwohnergemeinde als gut befindet. Wir in der SVP-Fraktion haben das Budget sehr genau diskutiert. Wir sehen definitiv die Sparmassnahmen und die Anstrengungen, die unternommen werden. Trotzdem muss ich mich dem Votum der GLP anschliessen, was die Massnahmen des Bereiches C betreffen. Auch wir wären glücklich, wenn wir dort eine genauere Terminierung hätten und gewisse Punkte vorantreiben. Dort sind die grossen Posten, wo man effektiv sparen kann und nicht bei den Diskussionen von CHF 7000 für einen Kulturführer. Die SVP wird weiterhin strikt eine Steuererhöhung ablehnen. Ich weiss, man soll nicht immer den Staat mit einem Unternehmen vergleichen, aber ich mache es jetzt trotzdem. Wenn ich in meinem Unternehmen höhere Ausgaben als Einnahmen habe, dann kann ich nicht einfach für gewisse Produkte beim Kunden viel mehr Geld verlangen, damit meine Finanzen wieder ins Lot kommen. Ich muss schauen, wo ich zu viel Geld ausbebe und wo ich ineffizient bin. Die Einschätzung der Steuern finde ich auch optimistisch. Wir hoffen, dass dies nicht mit einem Bumerang zurückkommt. Eine Abweichung von CHF 1'000'000 bis CHF 1'500'000 wirkt sich drastisch auf die Rechnung 2015 aus. Wir sehen im Budget auch, und das sagt die SVP seit Jahren zum Bildungssystem, "Harmos ist nicht harmlos". Das sind hohe Ausgaben wegen den Schulhäusern. Gemeinden und Kantone haben alle einen grossen Teil dazu beigetragen, indem jahrelang nicht investiert wurde. Wir sind an Schulhäuser herangelaufen, das kenne ich aus meinem Beruf, da haben die Gemeinden tropfende Wasserhähne mit Nylonstrümpfen abgebunden, um keinen Franken zu investieren, bis es der Kanton übernimmt. Für die SVP stellt sich die Frage, wie gross Allschwil werden möchte. Uns interessiert bei diesem ganzen Zuwachs, ob das effektiv Leute sind, die einen Mehrwert bringen, im Sinne der Steuereinnahmen oder

importieren wir sozialabhängige und sozial teure Kostenfolgen. Eine Gemeinde mit 20'000 Einwohnern befindet sich in einem kritischen Stadium. Zum geforderten Finanzplan auf 10 Jahre. Wir würden diesen gerne splitten. Ein Finanzplan auf 10 Jahre sehen wir auch als Wetterbericht auf einen Monat. Das ist unrealistisch, denn der stimmt schon bei einer Woche oft nicht. Wir möchten gerne vom Gemeinderat wissen, wie es mit einem detaillierten Investitionsplan auf 10 Jahre aussieht. Und zwar wegen dem Problem mit den Investitionen oder den Sachen, die immer aufgeschoben werden, damit man dies auf Zeit hinaus sieht. Wie wäre es, wenn man das aufsplitten würde? Den Finanzplan weiterhin auf 5 Jahre machen, den Investitionsplan aber auf 10 Jahre.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir sehen, dass das Budget 2015 mit einem viel tieferen Defizit rechnet als im Vorjahr. Das ist eine direkte Folge der Sparmassnahmen, welche bereits umgesetzt wurden. Hier zeigt sich, wenn man die Ausgaben genau anschaut, dass man grössere und kleinere Posten findet, welche sich happig in einem Budget oder in einer Abrechnung niederschlagen. Wie bereits heute Abend gesagt, sind wir noch nicht am Ziel von unserem Weg, sondern der Weg ist noch lange. Auch wir erhoffen uns von der FDP, dass die C-Massnahmen möglichst rasch umgesetzt werden. Dort sind die grossen Posten drin. Ich möchte alle hier drin dazu aufrufen, dass wir via Spezialkommission weiterhin schauen, wo man weiter optimieren kann, und dies in Zusammenarbeit zwischen Einwohnerrat und Gemeinderat, und uns hier nicht aufspalten lassen, auch nicht in die verschiedenen Fraktionen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich möchte auf den letzten Punkt bei diesem Budget eingehen. Ab Seite 72 sieht man ein Verzeichnis von allen Investitionskrediten. Das sind insgesamt 80 mit einem Gesamtvolumen von CHF 117'000'000. Sie sehen, dass der Investitionskredit in vier Punkten überschritten wurde, ansonsten wurde es überall eingehalten, das sind 0,03%. Der Gemeinderat und die Verwaltung hat hier sehr gut gearbeitet. Investitionen sind bei uns der grösste Kostentreiber und wir sehen, dass hier sehr gut gearbeitet wird.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Zuerst ein grosses Dankeschön an alle Beteiligten für die enorme Arbeit, die hier geleistet wurde. Ich habe über das generelle Leistungsüberprüfungssystem nachgedacht, welches hier in das Budget einfließt. Das ist langsam zu einer Legitimierungsprüfung geworden. Gewisse Leute haben einfach kein Recht mehr in Allschwil zu leben. Vorhin wurde genannt, ob Sozialabhängige kommen. Ich glaube das nicht, wenn die sehen, was hier alles gestrichen wird. Weshalb verlangt man nicht auf der anderen Seite gerechtere Steuern, damit die reichen Leute etwas abgeben, anstatt immer bei den armen Leuten mehr abzupfen.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte mich nur kurz äussern zum Antrag, das Traktandum 6.1.13 abzusetzen. Mich befremdet dieser Antrag. Erstens haben wir die Traktandenliste am Dienstag bereinigt, und wir sind immer noch in der gleichen Sitzung. Zweitens wurde das Budgetpostulat ordnungsgemäss eingereicht, rechtzeitig formell gültig. Es muss behandelt werden mit dem Budget und nicht separat. Ob es materiell zulässig ist und was die Folgen davon sind, darüber können wir bei diesem Traktandum diskutieren, aber sicher nicht über die Traktandenliste. Das Traktandum abzusetzen ist rechtlich unzulässig.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Auch wir von der CVP danken der Verwaltung für die grosse Arbeit. Wir danken auch für den Fireko-Bericht. Die Finanzlage ist nach unserer Sicht angespannt. Wir sehen es nicht ganz so schwarz wie alle anderen. Auch bei den Steuereinnahmen glauben wir, ich speziell, dass wir diese erreichen werden. Wir haben die Steuereinnahmen in den letzten zehn Jahren zu tief budgetiert. Ich denke, wir werden diese erreichen. Beim Finanzplan, der neu auf einen 10-Jahreshorizont ausgestellt werden soll, verweise ich auf die Worte von Andreas Bammatter. Der Vergleich mit dem Wetter ist wirklich hervorragend. Dieser Vergleich verhebt. Ein 10-Jahres-Finanzplan ist schade fürs Papier. Zu überlegen ist die Idee der SVP, das finde ich gar nicht so schlecht. Das muss ganz gestrafft werden und in einer einfachen Darstellung sein. Wir möchten eintreten auf das Budget und werden diesem zustimmen.

Roland Naef, parteilos: Ich habe für mich allein den Finanzplan und das Budget angeschaut. Ein Investitionsplan auf zehn Jahre wäre in Zukunft sinnvoll, damit wir die Abhängigkeiten sehen, was in den nächsten zehn Jahren geplant ist. Ich finde es schade, dass die C-Massnahmen erst aktuell werden, wenn wir das Budget schon durch haben. Dort ist Fleisch am Knochen. Bei den Personalaufwendungen täuscht die Zahl CHF 1'1440'000. Ein Teil kommt direkt wieder zurück. Dort wäre es spannend zu wissen, was die effektiven Mehrausgaben sind. Was die Lehrerinnen und Lehrer betrifft, das kommt vom Kanton retour. Wenn ich im AWB schaue, dann sehe ich permanent, dass neue Stellen besetzt werden sollen, dort könnte man auch ein bisschen einsparen. Vielleicht kann man auch schauen, ob man sich bei den Investitionen, zum Beispiel Projektentwicklung Wegmatten, hinterfragt, ob es Aufgabe der Gemeinde ist, Projektentwicklung zu machen. In allen anderen Gebieten, die ich von Beruf her kenne, machen das Private, und dann kostet es nichts. Störend am ganzen Budget ist für mich, dass wir jetzt Kleinigkeiten, Kleinigkeiten in Anführungszeichen, rausnehmen, welche dem einen oder anderen wehtun, der sozial schwächer ist. Wir kürzen beim Theater und sind eine aufstrebende Gemeinde mit 20'000 Einwohnern, welche attraktiv sein möchte. Auf der anderen Seite, wenn es ans eigene Portemonnaie geht und man möchte gratis Wahlunterlagen versenden zulasten des Steuerzahlers, dann sagt man ja. Das finde ich ein bisschen beschämend. Wir müssen dort das Geld investieren, wo es der Gemeinde Allschwil etwas bringt und nicht dort, wo es mir selber etwas bringt.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Bei dieser sehr informativen Präsentation ist bei mir eine Frage aufgetaucht, die ich gerne dem Gemeinderat stellen möchte. Ist die Transferleistung in Zusammenhang mit den Lehrpersonen der sechsten Klasse einmalig oder wiederkehrend? Gibt es diese nur im Schuljahr 2015/2016 oder ist die wiederkehrend?

Franz Vogt, Gemeinderat: Die ist wiederkehrend. Es betrifft im 2015 nur fünf Monate. Im Plan 2016 kommen dann die restlichen sieben Monate. In den darauffolgenden Jahren ist dann der volle Betrag drin.

PAUSE

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte Anita Gloor sehr herzlich für die schöne Weihnachtsdekoration danke. Sie hat sicher einen Applaus verdient. Wie ich anfangs Sitzung Ihnen bereits mitgeteilt habe, kommen wir nach der Pause zum Antrag von Herrn Bammatter. Das Ziel von Herrn Bammatter ist es, dies möglichst kurz zu machen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Nach der emotionalen Debatte vom Dienstag hatten wir das Resultat, dass wir dagegen sind, das Walmerhaus zu verkaufen. Ich habe darüber geschlafen und habe Kurt geschrieben, dass es fair wäre, wenn wir dies wie bei einem anderen Geschäft, wo wir uns nach mehreren Auseinandersetzungen nicht einigen konnten, dies hier auch dem Volk übergeben. Bei der Parkraumbewirtschaftung – ich möchte dies nicht vermischen - haben wir die Situation, dass der Gemeinderat für die Parkraumbewirtschaftung ist und auch der Einwohnerrat ist dafür. Ich weiss nicht, wer im Abstimmungsbuch dann dagegen schreibt. Hier haben wir wenigstens zwei Meinungen. Der Gemeinderat möchte das verkaufen und der Einwohnerrat möchte das nicht. Ein Rückkommen braucht ein Zweidrittelmehr, das ist eine hohe Hürde. Ich appelliere an die Fairness. Wir nehmen das als ein Paket an dem Abstimmungssonntag und bringen das vors Volk. Wir lassen das Volk mitentscheiden, ob wir so ein Haus möchten oder nicht. Mir geht es nicht um die CHF 1'500'000, sondern darum, ob es Aufgabe der Gemeinde ist, ein Haus zu unterhalten oder nicht.

Jürg Vogt, Präsident: Ich erlaube mir kurz ein persönliches Votum dazu. Ich habe mir überlegt, was der Einwohnerratspräsident falsch gemacht hat. Für mich sind zwei Fragen offen, wenn man das Behördenreferendum braucht. Haben wir zu wenig lange und zu wenig intensiv darüber debattiert? Ich behaupte nein. Ist es kein klares Resultat? Ich meine, dass ein klares Resultat rauskam. Das ist meine persönliche Sache, ich habe Herrn Bammatter gesagt, dass ich die Sache auch etwas

persönlich nehme. Er möchte eine namentliche Abstimmung und hat die fünf notwendigen Unterschriften. Wir müssen also namentlich abstimmen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich möchte dazu etwas sagen, denn ich bin der Hauptbetroffene. Herr Bammatter schreibt, dass es eine emotionale Debatte war. Ja, wir diskutieren hier drin immer hitzig. Man hat mit stichhaltigen Argumenten dieses Geschäft vertreten und es kam zu einer Entscheidung. Es war zweimal ein klarer Entscheid. Wenn das Stimmverhältnis 17 zu 18 gewesen wäre oder ein Stichentscheid des Präsidenten könnte man darüber diskutieren. Ich habe gar kein Verständnis für diesen Rückkommensantrag. Ich bitte die Anwesenden den Rückkommensantrag nicht zu unterstützen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Mir persönlich kommt das Ganze als stänkern vor. Keine fairen Verlierer etc. Es war eine deutliche Abstimmung und ein klarer Entscheid. Man sollte dann nicht im Nachhinein mit so etwas kommen. Ich appelliere an diejenigen, die am Dienstag dafür waren, auch heute noch dafür zu sein und dies so beizubehalten, das ist nichts als fair. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, weshalb man im Nachhinein mit so etwas kommt.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich möchte etwas sagen zum Votum von Simon Zimmermann. Ich war auch gegen den Verkauf. Dies dem Volk vorzulegen, sehe ich nicht als Problem. Ich werde für den Antrag stimmen, auch wenn ich in der Sache meine Meinung nicht geändert habe. Ich handle nicht unfair, wenn ich das so mache.

Jürg Vogt, Präsident: Ich stelle den Antrag auf Abbruch der Rednerliste. Herr Gadola hat nochmals das Wort. Ich stelle fest, dass stillschweigend Einverständnis da ist für den Antrag auf Abbruch der Rednerliste.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Für mich ist es ein Testlauf über die Absicht des Gemeinderates weiteres Bauland der Gemeinde an Private zu verkaufen, darum stimme ich diesem Antrag zu.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung und stimmen zuerst über das Rückkommen ab. Wir haben eine namentliche Abstimmung.

//:

Mit 10 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung wird das Zweidrittelsmehr nicht erreicht.

Folgende Einwohnerräte stimmten für Ja:

Bammatter Andreas, Bourgnon Jean-Claude, Chapuis Nicolas, Gadola Bruno, Maurer Simon, Morat Niklaus, Naef Roland, Vogt Susan, Werren Kienzler Daniela, Winter Jean-Jacques

Folgende Einwohnerräte stimmten für Nein: Adam Philippe, Breitenstein Ruedy, Elser Mario, Gürtler Kathrin, Hofmann Philippe, Häuptli Matthias, Imhof René, Keller Ueli, Kneubühler Patrick, Misslin Jacqueline, Mollat Jérôme, Roth Evelyn, Ruckstuhl Christoph, Rütli Willy, Selinger Barbara, Spiegel Florian, Stierli Beatrice, Uccella-Klausner Pascale, Vogt Jürg, Wolf Stephan, Zimmermann Simon

Enthaltungen: keine

Abwesend und entschuldigt: Adam Rolf, Balsiger Sonjic Rahel, Bieri Armin, Brack Peter, Gruber Markus, Hecklin Beatrice, Meisel Maya, Wagner-Sakar Semra

Es erübrigt sich somit über den nächsten Antrag von Andreas Bammatter abzustimmen und wir kommen zu den Budgetpostulaten.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6.1.2

Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Kulturförderung kulturelle Organisation Regio Basel, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Organisation ohne Erwerbzweck, Konto 3113-3636, Geschäft 4201B.1

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir werden in den nächsten Jahren mit ganz grosser Wahrscheinlichkeit 2 und noch mehr Franken mehr in der Kasse haben. Es wurde von Bruno Gadola gesagt, dass wir hier relativ kleine Beträge haben, welche wir streichen und allenfalls aussetzen möchten, und diese nächstes Jahr wieder reinnehmen, falls wir das richtig finden. Es geht mir um die CHF 20'000 des Theaters. Der Betrag ist wichtig, auch wenn er klein ist. Es ist ein deutliches Zeichen, dass sich Allschwil zur Kultur bekennt. Wir können uns das wieder leisten. Der Finanzausgleich wurde erwähnt. Die Steuereinnahmen werden auch leicht höher sein. Der Gemeinderat ist seriös genug, dass er dies gut budgetiert und uns nicht etwas vorgaukelt. Ich glaube, dass wir in Zukunft ein bisschen mehr Geld haben. Ich möchte nicht einfach mehr Geld ausgeben, ich möchte Ihnen sagen, weshalb ich für das Theater bin. Der erste Grund bin ich selber, das ist aber nicht so wichtig. Wichtiger ist, dass Allschwil eine Stadt geworden ist an der Grenze zu Basel. Wir pflegen die Nachbarschaft. Wir haben ein hohes Volumen an Personen, die zu uns ziehen. Wir nennen sie Expats, sie sind oben beim Sporn. Diese Menschen kommen hierhin, sie kommen zu einem Weltkonzern und sie kommen zu uns nach Allschwil. Sie arbeiten in Basel und es gefällt ihnen hier. Sie nehmen auch ihre Familie mit und sie möchten in ihrer Freizeit etwas machen. Sie freuen sich über den Wald, die Sportmöglichkeiten und über das Theater mit europäischem Ruhm. Wir wurden zweimal Oper des Jahres. Somit hat Allschwil ein Interesse daran, dass wir hier etwas mitsteuern. Diese Personen kommen auch deswegen nach Allschwil, weil sie wissen, dass sie in der Region Kultur geniessen können. Wenn man dies ganzheitlich sieht, dann kann man sagen, dass das Leben nicht nur aus Arbeiten besteht, sondern auch einen anderen Teil hat. Der zweite Teil ist der, dass wir uns mit Kultur auseinandersetzen. Theater ist ein Spiegel. Oft sind wichtige Stücke, literarisch oder auch sonst, dann entstanden, wenn es der Menschheit weniger gut ging, das sieht man historisch. Zwischen den beiden Weltkriegen sind wichtige Sachen entstanden. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Das ist eine Pflicht, damit wir ein Fundament haben und unsere Zukunft bestimmen können. Darum können auch die Schüler mit den Lehrern günstig oder fast gratis gehen, auch wenn sie mit 15 oder 16 Jahren das noch nicht so toll finden, wenn sie ein Ballett anschauen gehen. Aber vielleicht mit 30 oder 40 Jahren oder im Alter von mir als Grossvater haben sie Freude und wissen, dass dort das Fundament gelegt wurde. Wir haben ein Dreisparten-Theater, das kostet Geld. Wenn wir das nicht machen, dann müssen wir eine Sparte abgeben. Wir wären dann nicht mehr in der Champions-League. Jetzt, wo wir einen leichten Horizont sehen, dürfen wir nicht ein Jahr aussetzen. Die CHF 20'000, dieser Franken pro Person, ist es uns wert, dass wir unseren Standortvorteil halten können. Jemand, der von Boston oder Los Angeles nach Basel kommt, der schaut auf solche Sachen, weil seine Frau abends ins Theater geht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir ein bedeutender Wirtschaftsstandort sind. Wir sind die grösste Gemeinde im Baselbiet und tragen Verantwortung. Ich bitte Sie darum, diese CHF 20'000, obwohl dies der Gemeinderat im Auftrag gemacht hat, dass er alles streichen muss, zu korrigieren und zu unterstützen. Das Theater ist ein Teil von uns.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Es ist sehr schwierig für mich persönlich. Es ist mein Departement und es ist mein Interesse. Für mich ist es schwierig, hier wirklich etwas dazu zu sagen. Wie Sie alle wissen, bin ich kulturinteressiert und würde sie immer unterstützen. Ich schliesse mich hier den Sporbemühungen des Gemeinderates an, auch wenn dies für mich ein sehr schwieriger Punkt ist.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: In der BZ konnte man es bereits lesen, dass die Fireko von diesem Budgetpostulat nicht viel hält. Die finanzielle Lage der Gemeinde ist noch angespannt und der Gemeinderat hat den Auftrag zu sparen, wo immer dies möglich ist. Die Fireko ist darum mehrheitlich zum Schluss gelangt, dass man das Budgetpostulat ablehnen soll.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Die Fireko hat mehrheitlich das Postulat abgelehnt, mehrheitlich. Ich möchte noch einen anderen Aspekt erwähnen. Es gehen tausende Menschen aus Allschwil in Basel

arbeiten. Sie holen dort ihren Lohn und versteuern diesen hier in Allschwil. Demgegenüber sind die CHF 20'000 ein Klacks.

Roland Naef, parteilos: Sparen hin oder her, ich finde es ein Armutszeugnis, wenn wir die CHF 20'000 streichen. Nebst den 490 Abonnenten, zu denen ich auch gehöre, die regelmässig ins Basler Stadttheater und in die drei Sparten gehen, dürfen wir nicht vergessen, dass Allschwiler Schulklassen und Allschwiler Schülerinnen und Schüler, welche im Gymnasium in Oberwil sind oder sonst irgendwo, regelmässig das Theater besuchen. Es ist ein Teil ihres Schulstoffes dort im Theater. Wenn wir die Gemeinde sein möchten und nicht einfach ein Sundgauer Dörfli, dann müssen wir uns auch zur Kultur bekennen. Ich finde es dringend notwendig. Es ist zu einfach zu sagen, dass wir beim Theater CHF 20'000 sparen, dafür brauchen wir es an einem anderen Ort. Ich finde es beschämend für Allschwil, wenn wir die CHF 20'000 aus dem Budget nehmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich sehe es nicht ganz gleich. Ich habe gestern im Fernsehen vernommen, dass Herr Delnon volle Arbeit geleistet hat, was wir in Allschwil machen müssen. Ich habe es diktatorisch aufgefasst, was er im Fernsehen gebracht hat. Vielleicht kam noch ein Wink von euch, er soll noch PR machen. Ich bin der Meinung Nein. Wenn ich als Privatperson ein Auto kaufen möchte und ich das Geld dazu nicht habe, dann kann ich es nicht kaufen. Ansonsten ist es so, wie wir das bei anderen Politikern kennen, die irgendwo angestellt werden sollten und dann doch wieder nicht, weil sie irgendwo etwas begraben haben. Man kann ein Theater auch rentabel führen. Ich möchte aufs Hübse-Theater hinweisen. Der macht das auch und der macht das gigantisch gut. Diese Hütte ist voll bis auf den letzten Platz bei jeder Vorstellung. Macht das Theater Basel etwas falsch? Ich möchte keine Blutschmierereien und nackte Haut anschauen im Theater, das finde ich nicht schön und ästhetisch. Ich habe wieder mal einen Zusammenschnitt gesehen und ich bin froh, dass ich kein Abo habe. Lieber beim Hübse, dort hat man etwas fürs Geld und dort macht es Spass. Das ist auch Kultur, aber halt ein bisschen kleiner. Er hat nie Subventionen vom Staat erhalten und bei ihm funktioniert es. Da muss man halt über die Bücher gehen beim Theater. Wir haben selber kein Geld und wir müssen sparen. Wenn ich sehe, wie das Jahr 2018 und 2019 aussieht, dann dürfen wir das jetzt nicht sprechen. Wenn es uns wieder besser geht und wenn wir CHF 20'000'000 Überschuss haben, dann dürfen wir gerne CHF 20'000 nach Basel runter schicken. Aber so lange wir das nicht haben und es unseren Finanzen nicht gut geht, müssen wir zuerst bei uns schauen, bevor wir auf freiwilliger Basis einen Nachbarkanton subventionieren. Basel-Landschaft hat ja auch noch was offen. Es ist nicht Gemeindeaufgabe etwas für den Kanton zu machen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte dem Einwohnerrat beliebt machen, sich möglichst kurz zu halten. Ich möchte niemanden beschneiden, aber wir haben jetzt noch sieben Redner auf der Liste. Ich möchte jetzt den Antrag stellen, dass wir nach den sieben Redner die Rednerliste beenden. Herr Bammatter möchte noch ein zweites Mal sprechen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: So geht es nicht. Wir haben am Donnerstag die Traktandenbereinigung machen wollen, damit wir genug Zeit haben fürs Budget. Jetzt müssen wir hier nicht stänkern. Es hat jeder hier drin das Recht, sich zu äussern. Wir müssen jetzt nicht anfangen Beschränkungen einzuführen. Man wollte am Dienstag nicht das Budget zuerst drannehmen. Jetzt muss man damit leben, dass es länger geht.

Jürg Vogt, Präsident: Ich stelle jetzt trotzdem den Antrag auf Abbruch der Rednerliste, Herr Bammatter ist noch drauf. Wir stimmen jetzt darüber ab.

://:

Der Antrag auf Abbruch der Rednerliste wird mit 20 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich möchte aus einer anderen Optik auf dieses Thema eingehen. Ich halte es für eine grosse Errungenschaft, dass das Theater, die Oper und das Ballett für alle zugänglich sind. Das war bis in die geschichtliche Neuzeit nicht der Fall. Damals musste man an einem Fürstenhof sein oder zur Entourage eines Königs oder einer Königin gehören, damit man Kultur auf diesem Niveau geniessen konnte. Damit die Preise einigermaßen erschwinglich bleiben, muss

die Hochkultur subventioniert sein. Das ist ein Grund, weshalb die meisten Theater und Opernhäuser staatliche Institutionen sind, welche subventioniert werden. Verschiedene Vergleiche, welche bei diesem Thema schon in früheren Diskussionen gezogen wurden, hinken relativ stark. Es kam auch ein Beispiel mit dem FCB-Match. Ich bin häufiger am FCB-Match als im Theater oder in der Opfer. Aber man kann diese beiden Sachen nicht vergleichen. Sport und Kultur ist nicht das Gleiche, ohne das eine auf- oder abzuwerten. Der FCB ist keine staatliche Institution und er hat die Möglichkeit an andere Mittel zu kommen, Übertragungsrechte, Fanartikel etc. Der Eintritt in den Allschwiler Wald war auch mal ein Thema. Wenn jemand kommunale Infrastruktur nutzt, dann müsste man diesen an der Gemeindegrenze erheben, weil er eine Gemeindestrasse benutzt, um in den Wald zu kommen. Wichtig erscheint mir, dass es ein ausgewiesenes Bedürfnis ist von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern. Es gibt fast 500 Abonentinnen und Abonnenten. Es gibt diverse Einwohnerinnen und Einwohner, welche einzelne Vorstellungen besuchen, ich bin zum Beispiel so einer. Gegenüber dem Kanton Basel-Stadt ist es unfein, wenn der Teil, der nicht durch den Eintrittspreis gedeckt wird, für die Leute aus Allschwil nicht teilweise ausgeglichen wird. Das ist zwischen Trittbrettfahren und Schwarzfahren. Wir waren verschiedentlich hier drin einig, dass wir eine selbstbewusste Gemeinde sein möchten, Augenhöhe in der Partnerschaft. Das verträgt sich schlecht damit. Wir sind eine selbstbewusste Stadt mit einem wunderschönen Dorfkern. Must have oder nice to have. Wenn ich mir vorstelle, dass die Gemeinde nur noch must have macht, dann wird das gezwungenermassen zu einer reinen Verwaltungsangelegenheit. Die Lebensqualität einer Gemeinde besteht auch darin, dass man sich nice to have dort leistet, wo ein Bedürfnis von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern da ist. Ich bitte Sie, dem Budgetpostulat von Andreas Bammatter zuzustimmen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Wir sparen das Geld, um unsere finanziellen Ausgaben zu decken und nicht für anderes. Theater ist wichtig, das ist klar, auch aus historischer Perspektive. Wir werden auch an anderen Sachen unsere Kulturfreundlichkeit bemessen. Das Theater gehört der Stadt, Punkt Schluss Ende, wir sind Land. Die Abstimmung hatten wir, das ist durch. Wenn es der Stadt gehört, dann zieht die Stadt auch einen Nutzen daraus. Der Standortvorteil ist nur für die Stadt. Sie macht damit Werbung und kann damit brillieren. Das kann Allschwil nicht. Es wurde gesagt, dass Expats nach Allschwil kommen. Das ist völlig richtig, sie kommen wegen Weltkonzernen wie Novartis etc. Sie gehen aber auch wieder, sie sind nur kurzfristig da. Das ist nicht nachhaltig, darauf müssen wir nicht so viel Rücksicht nehmen. Die Nebenerscheinungen sind nicht unbedingt unsere Aufgabe. Ich bin sehr gerne Einwohner in einem Sundgauer Dorf. Dass dies von einem Städter oder einem Riehener nicht nachvollziehbar ist, kann ich verstehen. Das ist auch Kultur, und das ist gut so wie es ist. Wenn wir die CHF 20'000 nicht sprechen, dann haben wir keinen Nachteil. Die Allschwiler Schülerinnen und Schüler können auch weiterhin ins Theater gehen und sollen dies auch. Ich sehe nicht, dass ein Nachteil kommt, wenn wir die CHF 20'000 nicht gehen. Wir sind eine selbstbewusste Gemeinde und sagen, dass wir es nicht nötig haben, irgendwelchen Angstmachereien nachzugeben. Wir sparen da Geld, weil wir den Auftrag haben Geld zu sparen, damit wir das für unsere Sachen ausgeben können. Ich bitte Sie, diesem Budgetpostulat nicht Folge zu leisten und die CHF 20'000 zu sparen.

Matthias Häutpli, GLP/BDP-Fraktion: Die Fraktion GLP/BDP unterstützt das Budgetpostulat mehrheitlich. Es wurde bereits fast alles gesagt von Andreas Bammatter, das kann man vollumfänglich so unterstreichen. Das Theater ist ein Standortvorteil. Es ist ein Standortvorteil im Hinblick darauf, dass wir hier eine Pharmaindustrie und einen Forschungsstandort haben. Es wird immer wieder gesagt, dass das Kulturleben von Basel Weltrang hat und sich mit viel grösseren Städten messen kann. Das ist ein Standortvorteil. Man muss klar sehen, dass der ganze Ausbau der Forschung nicht stattfinden würde, wenn dies nicht so wäre. Die Leute, die wir rekrutieren, interessieren sich nicht nur für den Lohn, der ist weltweit in dieser Branche in etwa gleich. Sie interessieren sich für das ganze "Package" und für die Lebensqualität sowie das Kulturleben. Das muss man sehen, auch wenn man sich für das Theater nicht interessiert und sich dafür nicht erwärmen kann. Dies auch an die Adresse der SVP. Wenn man es vergleicht mit dem Hübse-Theater, dann hat dieses ein lokales Publikum. Das ist auch eine tolle Sache, aber das ist etwas ganz anderes. Was im Theater Basel geboten wird, ist eine teure Kultur, das betrifft die Oper und das Ballett. Das funktioniert nirgends selbsttragend, sondern muss überall staatlich unterstützt werden, ansonsten gäbe es das nicht.

René Imhof, SVP-Fraktion: Ich wollte mit meiner Frau in den letzten zwei Jahren fünf Mal ins Theater Basel gehen. Wir haben keinen Platz erhalten. Es gibt viele Abonnenten, die Plätze sind zwar leer, aber wir können nicht ins Theater gehen. Für mich gibt es keinen Grund, hier irgendetwas zu

sprechen. Da gehe ich wirklich lieber ins Hübse-Theater, das schwarze Zahlen schreibt und nicht subventioniert wird, oder einmal in Allschwil ins Jägerstübli zu einer Theateraufführung.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: In der heutigen BAZ habe ich gelesen, dass Herr Delnon von den Gemeinden im Speckgürtel Zuschüsse hätte. Da frage ich mich, auf welchem Planeten Herr Delnon wohnt. Weder Allschwil, Binningen, Birsfelden noch Muttenz haben kein Gramm von diesem Speckgürtel. Im Gegenteil, wir brauchen einen Gürtel, damit uns die Hosen nicht runterfallen. Die Einnahmen des Theaters im 2013 und 2014 sind um CHF 800'000 gestiegen. Das ist erfreulich und ich hoffe, dass die Bestrebungen des Theaters anhalten, dies noch weiter zu steigern. Ich bin gegen das Budgetpostulat.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Es geht nicht nur ums Theater. Wir haben hier auch schon über die Bibliothek gesprochen. Auch dort sind es die gleichen Themen und die gleichen Voten. Kultur ist für die anderen, das haben wir nicht. Können wir zu wenig lesen oder zu wenig ruhig sitzen oder zu wenig staunen? Ihr alle kennt die Firma Cron. Cron ist ein grosses Baugeschäft in der Region und Herr Cron ist Grossrat in Basel. Er hat klar gesagt in der BAZ, wie viel das Theater für die Agglomeration für alle bringt. Ich kenne persönlich mindestens sieben Leute, die im Theater arbeiten, auf der Bühne, in der Malerei, und in Allschwil Steuern bezahlen. Die Schule wurde erwähnt. Ich war mit vielen Klassen im Theater, sogar im Ballett, an einem Sonntagnachmittag, die Eltern waren alle einverstanden. Das hat CHF 5 gekostet, das wurde offeriert für uns. Es waren auch Eltern dabei. Vielleicht hattest du das Glück Simon Zimmermann, dass deine Kinder nicht bei mir waren, ansonsten wärst du auch mal dabei gewesen und hättest gesehen, wie es abgeht. Vorhin wurde ein Vergleich mit Hübse gemacht. Das ist eine ganz andere Art als Theater. Ich kann mir Hübse nicht gut im Ballettrock vorstellen. Im Theater haben wir ganz andere Ansprüche, die gezeigt werden. Es geht nicht darum, auf den Schenkel zu klopfen. Es werden Aufführungen gezeigt, welche schöpferisch von Künstlerinnen und Künstler gemacht wurden, die eine Zeit zeigen und wie dort das Denken und die Zuversicht war für die nächste Generation. Die Kultur in Allschwil wurde angesprochen. Wir haben hier zwei Theater und ich hoffe, Sie haben diese bereits gesehen. Das kann man nicht vergleichen. Das eine Theater hat eher die Tendenz vom Hübse. Das andere bringt ganz andere Stücke. Wer das schon einmal gesehen hat, weiss das. Die Chance für die Region ist da. Wir sprechen genau mit den gleichen Worten bei der Bibliothek oder beim Zoo. Wir profitieren von der Nachbarschaft bei vielen Sachen. Museen darf man auch nicht vergessen. Wir können gratis in die Museen gehen, dank der guten Zusammenarbeit.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Entschuldigung Philippe für den Zwischenruf. Du arbeitest in der Flurnamenforschung. Du bist auch angewiesen darauf, dass du Leute hast, die für euch schauen. Ihr seid auch auf Spenden angewiesen und seid auch ein Teil der Kultur. Ich verstehe es nicht, dass du einen Gartenhag machst um Allschwil und dich von Basel abschottest. Tut mir leid, dass ich da grad ein bisschen emotional geworden bin. Herr Cron wurde genannt. Herr Cron hat die Wirtschaftsförderung mit aufgebaut. Man muss das im Gesamtrahmen anschauen. Die Menschen, die hier sind, haben einen Stellenwert bei uns. Auch wegen dem hat der Gemeinderat solche Firmen hier ansiedeln können, weil sie ihre Ideen haben von Kultur. Ich verurteile niemanden, der ins Hübse-Theater geht. Der Lotteriefonds unterstützt das Hübse-Theater teilweise auch, aber es stimmt, staatliche Unterstützung gibt es dort nicht. 50% der Zuschauer des Theater Basel kommen aus Basel-Stadt und 50% aus Baselland. Es arbeiten dort 400 Angestellte, sicherlich auch mal einer aus Allschwil. Wir sind ein funktionaler Raum. Es hört nicht am Morgartenring auf und dann fängt eine andere Welt an. Wir bezahlen jetzt CHF 4'000'000 bis CHF 5'000'000. Basel-Stadt bezahlt CHF 40'000'000, zehnmal mehr, plus CHF 60'000'000 für den Umbau, das ist auch ihre zentrale Funktion. Man muss die Grössenverhältnisse sehen. Ich bitte Sie, dies mit zu berücksichtigen und in einer Ganzheitlichkeit anzuschauen. Wir brauchen die CHF 20'000, damit uns die Hosen nicht runterfallen. Wenn der Gemeinderat ein Budget so vorlegt und sagt, dass er ein bisschen weniger vorsichtig die Steuern budgetiert hat und dass er mit einem Transferausgleich und einem Finanzausgleich rechnet. Wir sprechen von CHF 20'000 auf CHF 85'000'000, das hat nichts mit dem Gürtel zu, ansonsten müssen wir ein paar Löcher mehr reinmachen. Bitte schaut das in der Gesamtheit an. Ich bitte nochmals, spendieren Sie die CHF 20'000. Da ist ein Teil der Wirtschaftsförderung im weitesten Sinn. Es ist auch ein Teil der Kulturförderung und der Bildung der Menschen, die in Allschwil in die Schule gehen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über den Antrag ab. Der Antrag heisst: Ins Budget 2015 soll wie im Budget 2014 der Betrag von CHF 73'000 eingestellt werden.

://:

Dieser Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen bei Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6.1.3

Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Strassen/Verkehrswege, Kürzung Betrag Strassen/Verkehrswege, Konto 5010 (Investitionsbudget), Geschäft 4201B.2

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir haben probiert dies kostenneutral zu machen. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, wo er das Geld ausgeben möchte. Wir haben gesagt, dass wir hier kürzen können, auch wenn es in der Investition und in der laufenden Rechnung ist. CHF 20'000 sind CHF 20'000. Wir brauchen es jetzt nicht. Auf Seite 4 steht: Strassensanierungen 2015/2016 CHF 400'000. Wenn man da CHF 20'000 aufs nächste Jahr verschoben hätte für Sanierungen, dann hätten wir das Theater locker durchbringen können. Ich ziehe den Antrag zurück.

Stephan Wolf, Vizepräsident Fireko: Das Budgetpostulat von Andreas Bammatter wurde zurückgezogen, da muss ich nichts mehr dazu sagen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6.1.4

Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Organisationen ohne Erwerbzweck, Konto 5790-3636, Geschäft 4201B.3

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Es geht heute Abend um Beträge von CHF 5000, CHF 10'000 und CHF 20'000. Wir reden aber auch von fast CHF 90'000'000. Allschwil betreibt aktive Wirtschaftsförderung. Wir fördern den Wohnbau, wir profitieren von einer ganz starken Region, wirtschaftlich und kulturell. Bei einem Teil dieses Postulats geht es um Berggemeinden. Ich denke dabei nicht an die Hochdörfer des Kantons Baselland, sondern an Berggemeinden. Es geht nicht um den horizontalen Finanzausgleich im Kanton Baselland, sondern es geht um die Berggemeinden, die wir als Touristen kennen und unsere Spuren hinterlassen, die unter Abwanderung leiden, Klima- oder Erosionsprobleme haben und es mit Tourismus-Spuren zu tun haben. Beim zweiten Teil geht es um gemeinnützige Organisationen. Gemein heisst hier nicht schlitzohrig oder fies, sondern gemeinsam. Es geht um zweimal maximal CHF 10'000. Niemand macht eine grössere Unternehmung ohne einen Notgroschen. Im Text des Gemeinderates steht, ich zitiere: „Unvorhergesehene dramatische Katastrophensituationen“. Beim zweiten Teil heisst es: „Projekte zugunsten der notleidenden Bergbevölkerung“. Beides ist auf Antrag an den Gemeinderat, eben der Notgroschen. Es würde dem Gemeinderat und Allschwil gut anstehen, wenn wir das im Budget lassen. Ein Budget ist eine Sammlung von Aufgaben, Ideen und Haltungen. Der Gemeinderat kann darauf verzichten selbstverständlich und fällt in einen Siebenschläferstatus, oder mit den drei Figuren, Allschwil hat nichts gehört, Allschwil hat nichts gesehen und in Allschwil hat niemand etwas gesagt. Es ist eine Haltung. Niemand sagt, dass wir das brauchen müssen. Es ist ein Zeichen nach aussen, dass wir parat sind und den Notgroschen parat haben. Ich appelliere an Sie alle, dem Budgetpostulat von Andreas Bammatter zu folgen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Andreas hat es vorhin gesagt, der Gemeinderat hat das Herz ausgeschaltet und die Realität gebracht. Leider ist dies bei der Leistungsüberprüfung so. Wenn man an die verschiedenen Sachen denkt, die jetzt gesagt wurden, dann möchte man das schon gerne geben. Aber wir haben diese Leistungsüberprüfung gemacht. Wenn man alles überprüft und trotzdem nichts spart, dann haben wir nichts erreicht, das ist jetzt halt leider so.

Stephan Wolf, Vizepräsident Fireko: Bei der Beratung in der Fireko gab es zu diesem Budgetpostulat keine Einigung. Die Mehrheit war der Meinung, dass Allschwil keine reiche Gemeinde ist, wie das von den Postulanten dargestellt wird. Wenn man die Sparbemühungen zum Erfolg bringen möchte, dann müssen wir das Budgetpostulat abweisen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich gehe zurück zum Papier des Gemeinderates. Er schreibt hier wahnsinnig schön: Der Gemeinderat entschied sich diese Unterstützungen nicht weiter zu führen, respektive darauf zu verzichten. Das ist eine Haltungsfrage. Es ist ein Budget und der Gemeinderat hat die Möglichkeit das Budget auszunutzen oder nicht. Es wird öffentlich und in der Presse stehen. Was hält Allschwil von den notleidenden Berggemeinden oder von Situationen, die passieren können. Es geht um einen Notgroschen und um eine Haltung.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zum Antrag des Budgetpostulats. Der Antrag lautet: Das Budget soll weiterhin CHF 71'900 betragen.

://:

Dieser Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4.1.5

Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend
Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an priv. Haushalte,
Winterzulage an EL-Berechtigte, Konto 5790-3637, Geschäft 4201B.4

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Bei diesem Budgetpostulat geht es um die Winterhilfe. Der Gemeinderat schreibt, welche Voraussetzungen erfüllt sein muss, damit jemand überhaupt Winterhilfe erhält. Das ist glaub nicht so wichtig, denn es waren letztes Jahr die gleichen Voraussetzungen. In der Rechnung 2013 haben wir CHF 18'500 gebraucht, obwohl die Voraussetzungen ziemlich streng sind. Im Budget 2014 waren CHF 25'000 budgetiert. Wir möchten jetzt ins Budget 2015 CHF 20'000 aufnehmen. Es ist nicht sicher, dass wir alles brauchen, wenn man es vergleicht mit der Rechnung 2013. Wir würden, wenn wir das nicht annehmen, auf dem Buckel von denen sparen, die nicht der Sozialhilfe zur Last fallen in Anführungs- und Schlusszeichen, und die keine Ergänzungsleistungen beziehen. Das sind Menschen, die versuchen mit ihrem geringen Einkommen über die Runden zu kommen. Diese Leute haben die Winterhilfe verdient.

Arnold Julier, Gemeinderat: Die Begründung ist in der Beantwortung des Postulats enthalten. Ich möchte nur sagen, wie viele das betrifft. Im 2014 sind 37 Anträge eingegangen, davon haben wir 29 bewilligt und 8 abgelehnt. Ausbezahlt wurden CHF 15'920 im Jahr 2014.

Stephan Wolf, Vizepräsident Fireko: Bei diesem Budgetpostulat war es ähnlich wie beim vorherigen Budgetpostulat. Es gab keine klare Mehrheit in der Kommission. Ein Teil der Kommission sieht die Notwendigkeit der Winterhilfe. Die Mehrheit in der Kommission hat wiederum gesagt, wenn wir es mit dem Sparen ernst meinen, dass wir dann das Budgetpostulat ablehnen sollen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Im Gegensatz zu den anderen Budgetpostulaten ist der CVP sonnenklar, dass dies die Ärmsten der Armen betrifft. Wie es der Name schon sagt, Winterhilfe. In einer wichtigen Zeit wird den Ärmsten ein Betrag ausgesprochen. Es ist vor Weihnachten und es ist ein Zustupf für diese Leute. Ich habe nichts Vergleichbares gefunden, aber wir sind 100% davon überzeugt, dass dieser Betrag richtig ausgegeben wird. Ich danke Herrn Julier für die aktuellen Zahlen. CHF 15'920 oder CHF 20'000, das spielt ja keine Rolle. Das betrifft die Ärmsten der Armen, bitte stimmen Sie hier zu.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es darf nicht bei denen gespart werden, die sich am wenigsten wehren können. Es kann nicht sein, dass es dort am einfachsten ist, wo man selber nicht betroffen ist.

René Imhof, SVP-Fraktion: Früher als Schulbuben haben wir Sterne verkauft für die Winterhilfe. Diese Sterne haben ein paar Rappen gekostet und die haben wir für einen Franken verkauft. Ich frage mich, weshalb man dies heute nicht mehr so macht. Wir sind eigentlich für diese CHF 20'000.

Roland Naef, parteilos: Wenn wir diese CHF 20'000 nicht ins Budget aufnehmen, dann kann ich diesem Einwohnerrat nicht mehr helfen. Das ist mir unbegreiflich. Alle, die mich kennen, wissen, dass ich bürgerlich bin und bürgerlich denke, und dass ich selbstständig Erwerbender bin. Ich weiss, woher das Geld kommt, auch wenn ich heute immer mit der anderen Seite stimme. Was wir hier drin unter Sparen verstehen, ist himmeltraurig. Wir zweigen das Geld dort ab, wo es nötig wäre und am Schluss, wenn wir die Wahlunterlagen versenden möchten, dann ist die Fireko und wer sonst noch alles dafür. Aber den Menschen, die es wirklich nötig haben, wollen wir den letzten Rappen auch noch abzweigen. Bitte nehmt euch zusammen bei den Budgetpostulaten.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich kann mich Roland anschliessen. Ich habe andere Zahlen gefunden bei diesem Konto. Aber mir geht es eigentlich um genau das Gleiche, nämlich dass wir im Mai diese Winterhilfe nach vielem hin und her nun effektiv aus dem Budget rausgenommen haben. Ich schäme mich dafür.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion möchte das Budgetpostulat nicht annehmen. Wir möchten keinen Vorrat dieser Erhöhung. Wir möchten, dass die Kasse nicht auf Vorrat erhöht wird. Wenn etwas ist, dann könnte der Gemeinderat bei Notfällen in Eigenkompetenz handeln.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion sind der Meinung, dass die Unterstützung von Bedürftigen in der Sozialhilfe geregelt ist. Für uns ist kein Loch im sozialen Netz ersichtlich, was es rechtfertigt, dass diese Gelder weiterhin gesprochen werden. Wir haben gesehen, dass dieses Geld ganz wenigen zugutekommt, welche wahrscheinlich informiert sind darüber und das Geld beantragen. Wir werden das darum nicht unterstützen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Dieses Postulat wurde weder mit dem Herz noch mit dem Kopf gemacht, sondern nur mit dem Rechenschieber.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte nur indirekt etwas zum Postulat sagen, aber direkt etwas, was mir aufgefallen ist. Beim Thema Theater, wo es unterschiedliche Meinungen gab, wurde mitten drin die Diskussion abgeklemmt. Bei Sachen wie hier, wo ich das Gefühl habe, dass 80% dafür sind, wird votiert und votiert. Wenn ihr merkt, dass so viele dafür sind - ihr setzt euch in den Fraktionen auch zusammen und habt Fraktionssitzungen -, dann müssen doch nicht drei Leute aus der gleichen Fraktion über das gleiche reden.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich möchte daran erinnern, dass wir hier das Budget haben. Beim Theater wäre es gesprochen gewesen. Hier ist es ein Antrag, den jemand stellen muss. Wenn ich von der GLP höre, dass es nur an die geht, die informiert sind, dann stimmt unser System nicht. Kurt Kneier hat es gesagt. Die Bedürftigen haben das Anrecht in dieser wichtigen Jahreszeit und speziell

um Weihnachten einen Antrag zu stellen. Wenn die Sozialhilfe dies selber regelt, dann wäre es in ihrem Budget. Es ist ein Budget, wenn es nicht ausgeschöpft wird, dann haben wir es nachher in der Kasse. Bitte verwechselt jetzt nicht Äpfel mit Birnen, beim Theater war das anders, hier ist es ein Budget.

Jürg Vogt, Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung über dieses Postulat: Im Budget 2015 soll ein Betrag von CHF 20'000 für die Winterhilfe eingesetzt werden.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6.1.6

Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend
Übriges Sozialwesen, Erhöhung Betrag Beiträge an private Haushalte,
Winterzulage an EL-Berechtigte, Konto 5790-3637, Geschäft 4201B.5

Arnold Julier, Gemeinderat: Die Winterzulage ist eine gebundene Ausgabe, da gibt es ein Reglement dazu. Wir haben das Ganze korrigiert, wir haben nicht gestrichen, was wir in den letzten Jahren ausgegeben haben und haben dies so bei der Budgetierung angewendet. Letztes Jahr hatten wir in der Rechnung CHF 79'600 und im 2014 CHF 79'820. Das Budget wird so gemacht, wie es effektiv ist. Das ist keine Kürzung. Es ist eine gebundene Ausgabe. Wenn jemand mehr möchte, wenn das Budget bereits ausgeschöpft ist, dann müssen wir es trotzdem bezahlen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich bin mit der Begrifflichkeit durcheinander gekommen, ich meinte eigentlich die Winterhilfe. Ich ziehe das Budgetpostulat zurück, da es bereits erreicht wurde.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6.1.7

Budgetpostulat von Susan Vogt, FDP-Fraktion, betreffend
Kindes- und Erwachsenenschutz,
Kürzung Betrag Personalaufwand, Konto Nr. 1401-3010, Geschäft 4201B.6

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir haben die detaillierten Ausführungen des Gemeinderates zur Kenntnis genommen. Wir bleiben bei unserer Meinung, dass es bei den Schnittstellen, zumindest das, was man hört, Überschneidungen gibt, die man genauer anschauen muss. Man sieht das nicht nur in Allschwil, sondern hört das schweizweit, dass die Gemeinden mit der Finanzierung der KESB überfordert sind. Die Kosten sind mehrfach höher als die Annahmen es waren. In diesem Zusammenhang muss man sich fragen, ob dies eine Gemeinde so überhaupt noch leisten kann. Oder muss man sagen, dass die Gemeinden das nicht mehr können und dann sollte es eine Kantonsaufgabe werden. Für uns ist das Kapitel mit den Überschneidungen und mit der Finanzierung von KESB nicht abgeschlossen. Aber es ist nicht hier im Rahmen des Budgets 2015 weiter zu diskutieren. Wir werden in Kürze mit einem Vorstoss kommen, wo wir alle darüber diskutieren können. Ich ziehe im Namen der Fraktion dieses Postulat zurück.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6.1.8

Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102 Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130, Geschäft 4201B.7

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Wir haben innerhalb der Fraktion dies so berechnet. Christoph Ruckstuhl hat mir diese Zahlen gegeben und es so berechnet. Ich habe seine Zahlen übernommen, darum ist es eine andere Rechnung. Es ging darum, dass es ein Minimum ist. Wenn wir schon von Demokratie und von gleichberechtigten Parteichancen sprechen, dann sollten auch die kleinen Gruppierungen die Möglichkeit haben, dass ihre Wahlunterlagen an die Leute kommen. Wenigstens einmal sollte ein Gratisversand für eine Abstimmung oder ein Wahlgeschäft durchgeführt werden.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat den Auftrag gegeben zu sparen, wo man nur kann. Wir haben, das hat die heutige teilweise emotionale Beratung gezeigt, an Stellen gespart, wo es den einen oder anderen hier drin weh tut. Sie sind teilweise dem Gemeinderat gefolgt, bei einem anderen Beispiel sind Sie dem Gemeinderat nicht gefolgt. Hier ist es eine weitere Stelle, wo es den betroffenen weh tut. Aber der Gemeinderat kommt zum Schluss, dass die Wahlwerbung nicht beeinträchtigt ist. Sie haben die Möglichkeit im Allschwiler Wochenblatt, das jede zweite Woche in jeden Haushalt verteilt wird, das ganze Jahr Ihre Anliegen zu präsentieren und Werbung für sich zu machen. Um Plakatwerbung kommt niemand drum herum. Wer einen Schritt vor die Haustüre macht, ist mit Plakatwerbung konfrontiert. Damit erzielen Sie eine gute Wirkung. Sie haben die Möglichkeit auf die Strasse zu stehen, die Allmend zu nutzen und mit den Leuten in Kontakt zu treten, und Sie werden erhört. Beim Wahlversand stellen wir aufgrund der Rückmeldungen fest, dass viele Couverts verschlossen ins Altpapier landen. Es macht uns weh, wenn wir so viel Geld ausgeben und damit keine Wirkung erzielen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat entschieden, dass dieses Wahlwerbemedium nicht den Preis wert ist. Es war eine reine Kosten/Nutzen-Analyse. Wir glauben nicht, dass dadurch kleinere gegenüber grossen Parteien benachteiligt sind. Die anderen Möglichkeiten habe ich Ihnen aufgezeigt. Es gibt auch noch die Homepage und soziale Medien, die Sie preisgünstig nutzen können. Die Spiesse sind immer noch gleich lang. Sie haben uns den Auftrag gegeben zu sparen. Der Gemeinderat hat dies umgesetzt. Jetzt braucht es ihr okay dazu, dass wir diesen Auftrag korrekt ausgeführt und sparen, auch an Stellen, wo es halt weh tut.

Stephan Wolf, Vizepräsident Fireko: Die Fireko hat die Bemühungen des Gemeinderates zum Sparen nicht übersehen. Sie ist trotzdem mehrheitlich der Meinung, dass die Streichung von diesen Positionen grad die kleinen Parteien, die finanziell nicht so auf Rosen gebettet sind, gegenüber den grossen Parteien klar benachteiligt. Dies ist ein direkter Eingriff in die demokratischen Grundzüge. Die Fireko weicht darum von der Meinung des Gemeinderates ab und empfiehlt Ihnen diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Beim Budgetpostulat 7, 8, 9 und 10 geht es in etwa ums Gleiche, ich rede nur einmal dazu. Der einzige Grund, der einigermaßen verhebt, ist derjenige der SVP, nämlich dass allenfalls die Wahlbeteiligung zurückgehen könnte. Dies muss man beobachten und wenn dies wirklich der Fall ist, dann müssen wir nochmals darüber nachdenken. Die Kosten für die Wahlwerbung können wir Parteien auch selber stemmen. Hier vorne sitzt die Presse. Wir haben jetzt beim Theater gespart, wir haben bei den Ärmsten gespart, zumindest bei den Berggemeinden, und jetzt wollen wir unsere Kosten für die Wahlwerbung dem Gemeinwesen aufbrummen. Ich finde das keine gute Idee.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Zu diesem Geschäft liegen drei ähnliche Anträge vor. Nachdem wir den Antrag eingegeben haben, haben wir nochmals über das Ganze diskutiert und sind zu einer anderen Lösung gekommen, die wir gerne vorschlagen würden. Da müsste die Postulantin Barbara Selinger mitmachen. Unsere Idee ist, dass die Gemeinde nur noch den Versand bei Wahlen übernimmt, da geht es um den Landrat und den Einwohnerrat. Das betrifft alle Parteien, die daran teilnehmen. Bei einer Legislatur reden wir hier von zwei Versänden, nämlich die Landratswahlen und

die Einwohnerratswahlen. Es geht um den demokratischen Weg. Ob dann weniger Leute wählen oder stimmen, können wir beobachten und immer noch ändern. Bei den Wahlen ist es zwingend nötig. Man ist immer sozial und denkt an die Kleinen, und jetzt ist es plötzlich so, dass die grösste Partei nicht an die kleinen denkt. Ich denke an eine EVP, an die Grünen und an junge Parteien wie BDP und GLP. Diese brauchen die Unterstützung auch. Ich finde diese Argumentation von der SP schwach. Ich würde Frau Selinger vorschlagen, dass sie dies ändert: „zumindest für ein Wahlgeschäft pro Jahr“. Weil wir sowieso nur zwei haben pro Legislatur, fällt das bei den anderen weg. Ich möchte beliebt machen, dass die anderen Postulate zurückgezogen werden, wir ziehen unserer natürlich auch zurück. Ich lege dem Gemeinderat trotzdem nahe, dass wir die CHF 7000 für das EasyVote auch streichen. Das steht sonst quer in der Landschaft. Thomas Pfaff hat davon gesprochen, wie viele Möglichkeiten man sonst noch hat, um sich einzubringen. Wir reden von den Jungen, die den besten Bezug zum sozialen Netzwerk haben.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Das kann ich nicht einfach so stehen lassen. Ich habe schon Ideen, wie wir das unter den Parteien aufschlüsseln könnten. Die grösste Partei bezahlt halt am meisten und die kleinste Partei bezahlt weniger. Das Ziel ist, dass wir unsere Wahlunterlagen zu den Leuten bringen. Bitte drückt diese Kosten nicht der Allgemeinheit auf.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bringe ein paar Sachen, wie ich es zuerst formuliert habe. Wenn wir hier schauen und erzählen, wie viel Geld wir der Gemeinde auferlegen, dann schauen wir doch mal nach. Binningen hat CHF 55 als Einwohnerrats-Stundenansatz, wenn man sagt, dass wir teuer sind, nur so zum Sagen. Wir gehen weiter nach Liestal. Dort haben wir einen Betrag von CHF 30, Riehen CHF 45. Das ist immer pro Stunde gerechnet. Und dann kommen wir nach Allschwil, die grösste Gemeinde des Kantons mit CHF 25. Und dann wird gesagt, dass wir teuer sind und übermässig viel brauchen. Das Minimum ist der Vorschlag von Florian. Das ist das einzig Richtige, was möglich ist. Sogar Binningen, wenn sie einen grossen Vorstoss haben, dann können sie die Vorbereitungszeit stundenweise zu CHF 55 pro Stunde aufschreiben. Wir haben CHF 25 pro Stunde. Ich möchte das nicht hochsetzen, wir lassen das dabei. Wir sind am günstigsten pro Einwohnerrat in der Umgebung, da ist es nicht angemessen zu streichen. Mindestens den Vorschlag von Florian sollte man unterstützen.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Der Vorschlag mit den Wahlen ist vernünftig und wir sparen immer noch Geld. Es geht nicht darum, dass wir kein Geld gegenüber dem Vorjahr sparen. Wir sparen, aber wir setzen auch etwas ein. Jetzt kommt wieder die Kultur. Die SP ist ja stark bei der Kultur. Demokratie ist auch eine Kultur. Eine Kultur ist wertvoll und für die Allgemeinheit wertvoll. Was einen Wert hat, dem gibt man einen Wert, und der drückt sich halt in Geld aus. Das geht zurück auf das, was Simon Zimmermann gesagt hat. Wir sind alle hier drin nicht wegen den CHF 25, sondern es ist uns etwas Wert. Wir investieren Zeit und unser persönliches Geld. Hier mitmachen kostet mehr als man erhält. Das zählt für jeden einzelnen hier drin. Ich finde das von jedem einzelnen hier drin toll, dass er das macht. Aber deswegen bei unserer politischen Kultur zu knausern ist genauso falsch, wie an anderen Ort zu knausern.

Jürg Vogt, Präsident: Wir vom Büro haben uns kurz beraten. Die Postulantin kann ihren Antrag abändern. Vielleicht können Sie, Frau Selinger, dies schon formulieren.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wenn wir die Budgetdebatte und die Anträge anschauen, dann sehen wir hier ein Hauptgewicht. Mein Schwager, Roland, hat es bereits gesagt. Ich sage es deutlich, es ist ein Skandal. Dort, wo es mir weh tut, grad bei den Wahlen, da muss ich auf die Strasse stehen – nicht bei den Abstimmungen, dort machen wir es für die ändern -, ich stehe auf der Strasse und ich bin bereit, wenn das Volk mich wählt, mich einzusetzen. Vor 100 Jahren gab es keinen SP-Bundesrat. Es waren alles FDP-Bundesräte und andere. Wir sind stetig gewachsen, es ist jedem seine Verantwortung. Wir streichen bei den Berggemeinden und lassen das Theater auf der Seite. Und jetzt kommen wir mit vier Postulaten und spielen noch die Jungen gegen die Alten aus. EasyVote haben wir vor zwei Jahren befristet gemacht, damit wir es überprüfen können. Ich frage mich, ob wir für das Volk da sind, oder ob das Volk für uns da ist. Der Stundenlohn ist etwas anderes. Binningen ist auch etwas anderes. Aber Binningen bezahlt etwas anderes fürs Theater. Ihr wollte euch jetzt CHF 20'000 oder CHF 35'000 auf die Kappe geben, weil dies demokratisch, sozial und ein Ausgleich ist. Ihr müsst

auf die Strasse stehen und diese Sachen verteilen. Das ist das Thema. Gemeinderat Pfaff hat es gesagt, die Hälfte der Couverts kommen zurück.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich möchte nur kurz etwas richtigstellen. Florian Spiegel hat ausgeführt, dass es zwei Wahlen pro Legislatur gibt. Es gibt pro Legislatur eine kommunale Wahl, eine kantonale Wahl und eine eidgenössische Wahl. Im 2015 werden wir kantonale Wahlen haben im Februar und circa im Oktober die eidgenössischen Wahlen. Dazu kommen pro Legislatur, sofern sich die Parteien nicht einigen können und es zu keiner stillen Wahl kommt, weil es nur so viele Kandidatinnen und Kandidaten wie Plätze gibt, Richterwahlen oder Richter-Ersatzwahlen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die FDP hat immer mehrheitlich gesagt, dass sie für einen Versand ist bei den Wahlen und dass man es bei den Abstimmungen kürzen kann. Diese Meinung hat sich nicht geändert. Wir begrüßen es sehr, wenn dieser Antrag abgeändert wird, dass bei Wahlen ein Versand stattfinden kann. Ansonsten, wenn dies nicht möglich wäre, dann priorisieren wir einen Versand pro Jahr, damit könnten wir auch leben. Wir haben kein Verständnis dafür, dass EasyVote gekürzt werden soll. Wie es ein Vorredner gesagt hat, wir haben hier im Rat das Postulat überwiesen und gesagt, dass man einen Probetrieb von zwei Jahren macht. Wenn wir jetzt während dem Probetrieb dies kürzen, dann ist der Rat hier drin nicht mehr glaubwürdig.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte nur kurz sagen, dass ich den Vorschlag von Florian super finde, und wir alle auch. Ich bin jetzt hier verzweifelt am Schreiben und am Formulieren.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion sind der Meinung, dass es diese Unterstützung der Gemeinde braucht, und zwar für einen funktionierenden demokratischen Meinungsbildungsprozess, damit sich die Wähler und Stimmbürger einfach und umfassend informieren können. Das Geld kommt nicht den Parteien zugute, sondern in erster Linie den Bürgern, damit sie sich ein umfassendes Bild über alle Meinungen machen können. Die Betroffenen bei dieser Kürzung sind in erster Linie die Bürger. Wenn wir das Geld nicht sprechen, dann laufen wir in die Gefahr, dass wir nur noch eine Betroffenheitspolitik haben, wo sich nur noch interessierte Kreise den Versand von Unterlagen leisten können und wollen. Wir werden den Vorschlag der SVP bezüglich Beschränkung auf Wahlen unterstützen und sind gegebenenfalls bereit, unser eigenes Postulat zurückzuziehen. Bezüglich EasyVote sind wir auch für die Beibehaltung der Beträge für dieses aus unserer Sicht gute Informationssystem.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Es ist richtig, dass die Demokratie etwas mit Kultur zu tun hat, aber es ist auch der Wettstreit der Ideen. Der SP wurde gesagt, dass wir als grösste Partei abseits stehen. Wenn ich zurück schaue in die Geschichte von Allschwil, dann war es nicht immer so, dass die SP die grösste Partei war. Dass wir grösser geworden sind, hängt vielleicht auch mit unserer guten Arbeit zusammen, Stichwort Wettstreit der Ideen. Das sollte man sich nicht unbedingt vom Staat bezahlen lassen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Manchmal kommt es mir vor, als würden Leute zuhause oder in der Fraktionssitzung etwas aufschreiben, was sie möchten, und dann lesen sie es stur runter, egal ob vorhin jemand etwas anderes gesagt hat oder nicht. Andreas, ich glaube nicht, dass ein Wahlversand CHF 25'000 kostet. Ich lasse mich gerne korrigieren, ich nehme an, dass Thomas Pfaff die genauen Zahlen hat. Betreffend EasyVote. Ich habe klar gesagt, dass wir nochmals darüber diskutiert haben, nachdem wir es eingegeben haben. Wir haben das mit der Zweijahresregelung beim ersten Mal verschwitzt, das kann ich hier gerne zugeben, damit habe ich kein Problem. Der Gemeinderat soll darum überprüfen, ob dies wirklich dringend ist. Ich habe gesagt, dass wir es zurückziehen und wir verfolgen das nicht stur. Bitte hört doch zu, was man sagt, und sagt nicht, dass wir gesagt haben, dass wir es streichen wollen. Das kann man in ein paar Tagen sicher auch im Protokoll nachlesen. Ich habe noch eine Frage an Thomas. Wird der Versand bei den Nationalratswahlen auch über die Gemeinde finanziert? Ich meine, dass dies nicht über die Gemeinde finanziert wird. Wenn es so viele Wahlgeschäfte sind, dann könnte man dies sogar noch beschränken auf Einwohnerrats- und Landratswahlen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ein Versand erfolgt immer durch die Kommune. Der Versand der Unterlagen, des Stimmrechtsausweises, die Wahl- und Stimmzettel, erfolgt immer durch die Gemeinde, das muss auch weiterhin so sein. Dazu haben wir einen gesetzlichen Auftrag. Der Wahlempfehlungsversand wurde bei jeder Abstimmung und bei jeder Wahl durch die Gemeinde gemacht, bei Abstimmungen, sofern sich mindestens drei Parteien gemeldet haben, bei Wahlen, sofern sich mindestens eine Partei gemeldet hat. Der Empfehlungsversand ist in den Budgetpostulaten aufgeführt, was die Kosten betrifft. Wir haben aufgeführt, was ein Versand kostet bei Punkt 7.

Jürg Vogt, Präsident: Sie haben es gesehen. Beim Budgetpostulat, das wir jetzt beraten, ist es klar definiert, CHF 9550.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich wusste nicht, wie viel ich eingeben muss. Vorhin wurde zitiert, dass es teilweise mehrere Wahlgeschäfte sind, die anfallen. Ich wollte es irgendwie formulieren, man müsste einen Mindestbeitrag einfüllen, das wusste ich in der Eile des Gefechts nicht.

Jürg Vogt, Präsident: Kann der Gemeinderat das Budgetpostulat ohne Betrag, wie es Frau Selinger aufgelegt hat, entgegennehmen? Muss ein Betrag rein?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Sofern man möchte, dass nur die kommende kantonale Wahl drin ist, dann ist der Betrag so wie ausgeführt in den Ausführungen zum Budgetpostulat Punkt 7, nämlich CHF 9550. Wenn die nationale Wahl im Herbst, Ständerats/Nationalratswahlen, ebenfalls abgedeckt werden soll, dann verwenden Sie bitte den doppelten Betrag.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Es geht nur um Gemeinde, Einwohner oder Landrat, also keine eidgenössischen Wahlgeschäfte. Ich kann also die CHF 9550 nehmen, Sie müssen sich diese Zahl halt einfach vorstellen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte hier drin etwas klarstellen, vor allem gegenüber dir Andreas Bammatter. Wir haben über 13'000 Stimmrechtsausweise und Wahlpropaganda, die verschickt wird. Du hast gesagt, dass rund die Hälfte zurückkommt, das wären 6500. Ich glaube, da hätte das AWB schon lange einen Artikel geschrieben über die Rücksendung dieser Couverts. Dies einfach als Klarstellung.

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte den Gemeinderat fragen, ob er den Antrag, so wie er hier projiziert ist, entgegennehmen kann? Ich sehe Kopfnicken. Wir stimmen jetzt über den Antrag ab, so, wie er hier an die Wand projiziert wurde von Frau Selinger.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich habe noch kurz eine Frage. Ersetzt dieser Antrag jetzt alle vier Budgetpostulate oder nur eines?

Jürg Vogt, Präsident: Darf ich davon ausgehen, dass die anderen Budgetpostulate zurückgezogen werden? Das betrifft 8, 9 und 10. Ich sehe Kopfnicken, so sind diese zurückgezogen. Wir stimmen jetzt ab.

:::

Der Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wir nehmen den Auftrag so entgegen. Das hat zur Folge, dass erstens sämtliche Parteien zugelassen sind zu diesem Versand, also nicht nur diejenigen, die sich bisher über den kostenpflichtigen der FDP angemeldet haben. Zweitens gäbe es noch eine kleine

Wahrscheinlichkeit, dass wir den Betrag überziehen müssen. Das wäre dann der Fall, wenn es bei einer Regierungsratswahl zu einer Nachwahl kommt. Der Gemeinderat hat Sie so verstanden, dass wir den gesamten Wahlgang inklusive einer Nachwahl so anbieten. Der Gemeinderat würde entsprechend nach Paragraph 162 Gemeindegesetz diesen Budgetposten leicht überziehen. Das wollte ich nur kurz klarstellen, nicht dass im Februar Ängste entstehen, dass beim zweiten Wahlgang die Spielregeln anders sind.

Jürg Vogt, Präsident: Ich danke Herrn Pfaff für die klärenden Worte. Ich stelle Stillschweigen fest, dass man so einverstanden ist.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Bitte ergänzen mit Landrat und Regierungsrat, damit es dann wirklich so im Protokoll steht, ansonsten haben wir dann wirklich ein Problem.

Jürg Vogt, Präsident: Wir werden dies grad ergänzen, danke.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6.1.9

Budgetpostulat von Barbara Selinger, Grüne/EVP-Fraktion, betreffend
Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102
Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130,
Geschäft 4201B.8

Das Budgetpostulat wird von der Antragstellerin zurückgezogen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6.1.10

Budgetpostulat von Jérôme Mollat, Matthias Häuptli und Jacqueline Misslin,
BDP/GLP betreffend
Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102
Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130,
Geschäft 4201B.9

Das Budgetpostulat wird von den Antragstellern zurückgezogen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6.1.11

Budgetpostulat von Simon Zimmermann und Florian Spiegel, SVP-Fraktion,
betreffend
Legislative, Erhöhung Betrag Drucksachen und Publikationen, Konto 0110-3102
Allgemeine Dienste, Erhöhung Betrag Dienstleistungen Dritter, Konto 0220-3130,
Geschäft 4201B.10

Das Budgetpostulat wird von den Antragstellern zurückgezogen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4.1.12

Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend
Projektentwicklung Lindenplatz, Verschiebung Investitionen,
Konto 3420-5010.01, Geschäft 4201B.11

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Bei diesem Postulat ging es darum, dass wir effektiv im Budget geschaut haben, wo Beträge sind, die eine Grössenordnung haben, die man verschieben oder streichen kann und die etwas hergeben. Bei diesem Postulat geht es nicht um die Thematik Dorfplatz oder Lindenplatz. Ich bitte jetzt auch, egal wer wo wohnt, dies auszublenden. Es geht darum, ob es im Moment zwingend und notwendig ist oder nicht. Wir haben uns den Lindenplatz angeschaut. Natürlich gibt es dort Handlungsspielraum, das verneinen wir nicht. Das ist auch nicht das Ziel der SVP-Fraktion, dass wir dies verschieben und irgendwann streichen oder ablehnen möchten. Es geht uns nur darum zu beurteilen, wann eine Investition sinnvoll ist und wann nicht. Natürlich hat man mit den Bewohnern beim Lindenplatz eine Findung gemacht und sie dazu befragt. Wie effektiv die Auswertung ist, das sehen wir hier nicht. Wir haben hier keine ausgezählten Angaben, wir lesen hier nur, dass sich die Leute eine Verbesserung wünschen. Ich habe effektiv mit Menschen, die dort wohnen, darüber diskutiert und habe sie gefragt, wie das ist, wenn der Kanton die Baslerstrasse nach hinten schiebt. Dann haben 80% gesagt, dass es zwar schön wäre, wenn man etwas ändern würde, aber in Zusammenhang damit, dass die Baslerstrasse nach hinten geschoben wird, zwei Mal eine halbe Million für die Realisierung, könne man auch warten. Es ist nicht der schönste Platz in Allschwil, der Lindenplatz, aber es ist auch nicht der schlimmste, wo man sofort reagieren muss. Man muss nicht sofort reagieren, es gibt keine Spielgeräte, wo Kinder sich tödlich verletzen oder ein Tramhüsli, das zusammenfällt. Wenn wir darüber diskutieren müssten, dann wäre es so, wie wenn wir jetzt sagen, dass der schrecklichste Ort im Dorf das Tramhüsli sei, und man hätte gerne ein Tramhüsli im Sundgauer Stil. Das wäre zur jetzigen Zeit falsch. Ich habe beim Kanton nachgefragt, wie das aussieht mit den Plänen zur Baslerstrasse. Ich habe die Auskunft erhalten, dass dies auf 2019 verschoben wurde. Anhand des Kostendaches könne man nicht sagen, ob die Pläne genauso umgesetzt werden oder ob es noch Änderungen gibt. Es ist unsinnig, eine Viertelmillion jetzt für eine Projektierung aufzuwenden, und wir wissen gar nicht, was in vier Jahren herauskommt. Wenn ich einen Laden miete in einem Wohnblock und ich weiss, dass der Vermieter in zwei oder drei Jahren den ganzen Block sanieren möchte, dann komme ich doch nicht zwei Jahre vorher und investiere CHF 250'000 für die Umgestaltung für meinen Laden. Da warte ich doch, bis ich weiss, was er effektiv macht oder gehe konkret darauf ein. Wir möchten diesen Budgetpunkt gerne nach hinten schieben, damit wir das zusammen mit der Baslerstrasse machen können, und auch nicht jetzt bereits planen. Es gibt dann wieder Änderungen und dann machen wir für CHF 50'000 wieder Änderungen. Mit CHF 50'000 hätte man auch Sachen, die vorhin abgelehnt wurden, annehmen können. Ich bitte darum, dies nach hinten zu schieben und zum Zeitpunkt, wenn klar ist, was realisiert wird, dann den Lindenplatz zu realisieren. Ich gebe heute mein Wort, falls ich dann noch im Einwohnerrat bin, dass ich für diese sinnvolle Umgestaltung und Nutzung des Lindenplatzes bin, aber finanztechnisch sinnvoll und sinnvoll projektiert. Aber nicht jetzt Geld ausgeben und wir wissen gar nicht, was kommt. Ich bitte Sie, egal ob Sie im Dorf, beim Lindenplatz oder im Wald wohnen, nun diesem Postulat zustimmt. Wenn es dann aktuell ist, dann können wir dies gemeinsam überweisen und etwas Sinnvolles machen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke, dass Sie mir eine Gelegenheit geben, hier eine Ergänzung anzubringen. Wir werden nicht CHF 250'000 nutzen im nächsten Jahr, um diese Resultate auf den Tisch zu legen. Zum Zeitpunkt, als dies budgetiert wurde, hatten wir den Detaillierungsgrad noch nicht. Seither haben wir bereits die Dialogveranstaltung durchgeführt. Wir werden eine moderate Lösung suchen. Die Vorabklärung, die Vorstudie darf nicht so viel kosten. Ich kann hier versichern, dass ich dafür besorgt sein werde, dass wir weniger als CHF 250'000 ausgeben werden. Ich bitte Sie, diesen Betrag nicht willkürlich zu reduzieren, sondern das Budgetpostulat nicht zu überweisen und den Betrag im Budget zu belassen.

Stephan Wolf, Vizepräsident Fireko: Die Fireko hat sich mit diesem Budgetpostulat ebenfalls beschäftigt. Wir sind zum Schluss gekommen, auch wenn der Bau der Baslerstrasse verschoben wird, dass die Planung nicht verschoben werden soll. Ansonsten laufen wir in Gefahr, dass man später nicht mehr mitreden kann, weil dann die Planung zu spät ist. Die Fireko empfiehlt mehrheitlich, das

Budgetpostulat abzulehnen. In diesem Budgetpostulat wird auch beantragt, dass es im Finanzplan nach hinten verschoben wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass dies gar nicht möglich ist, weil der Einwohnerrat den Finanzplan lediglich zur Kenntnis zu nehmen hat.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: So lange ich mich für Politik in Allschwil interessiere, ist der Lindenplatz ein Thema. Und jetzt soll es wieder verschoben werden? Das ist ein unmöglicher Gedanke. Wenn sich das weiter zurückverschiebt, ist das eine schallende Ohrfeige für alle Neu-Allschwiler.

Nicolas Chapuis, SP-Fraktion: Am 25. Oktober hat die Allschwiler Bevölkerung uns dazu eingeladen am Workshop teilzunehmen. Es kamen rund 40 bis 50 Personen. Dazu kamen 80 Rückmeldungen und 800 Personen haben die Petition unterschrieben. Das zeigt klar, dass die Bevölkerung eine Änderung dieses Platzes möchte. Das sollten wir unterstützen und darum wird die SP Allschwil dieses Budgetpostulat nicht empfehlen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich wohne direkt am Lindenplatz, das wissen Sie. Ich äussere mich nicht als Anwohner des Lindenplatzes, sondern als Gemeinderat, der an dieser Veranstaltung in der Turnhalle Gartenstrasse mit dabei war. Es wurde sehr intensiv und breit gefächert, sehr fair und engagiert diskutiert. Zu diesem Zeitpunkt wusste man noch nicht genau, dass der Regierungsrat an der Haltung festhält, kein Geld für die Baslerstrasse-Sanierung auszugeben, was volkswirtschaftlich ein absoluter Blödsinn ist, entschuldigen Sie diesen Ausdruck. Den Leuten in Allschwil hat man versprochen, dass man zusammen mit der Sanierung Baslerstrasse den Lindenplatz, Tramstation Kirche, Ziegeleikreisel und den Dorfplatz einer Verbesserung unterziehen möchte. Es wäre ein fatales Zeichen an die Bevölkerung, wenn wir jetzt sagen, dass wir es auch rausschieben. Wir haben eine Studie machen lassen über die Baslerstrasse und wie die Baslerstrasse einmal aussehen wird. Die Baslerstrasse hat grosses Potential, das wurde an diesem Workshop präsentiert. Das Potential müssen wir jetzt anschauen. Robi Vogt hat es gesagt, das Budget werden wir wahrscheinlich nicht ganz brauchen. Ich bitte Sie, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen, sodass wir vorgängig und rechtzeitig eine gute und genaue Planung machen können, in Einbezug der Einwohnerräte. Ich möchte hier nochmals auf das Freiraumkonzept verweisen. Im Freiraumkonzept konnten Sie zur Kenntnis nehmen, dass der Lindenplatz-Spielplatz mangelhaft ist. Nicht gefährlich, aber mangelhaft, und dass er bezüglich der Attraktivität durchaus eine Steigerung brauchen könnte. Weil man das Freiraumkonzept so zur Kenntnis genommen hat, müssen wir auch die Planung nun weiter vorantreiben, damit wir, wenn der Kanton sagt, dass er das Geld hat und die Baslerstrasse sanieren möchte, nicht zu spät sind. Ich bitte Sie, das Budgetpostulat abzulehnen.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Ich wohne auch in der Nähe des Lindenplatzes. Unsere Kinder gehen auch ab und zu gerne auf diesen Spielplatz, sie finden den toll und der ist soweit okay. Es ist kein wahnsinnig stylischer Platz, es ist alles ein bisschen altbacken, aber er ist funktional. Wenn man etwas am Spielplatz machen möchte mit den langsam etwas alten Geräten, dann könnte man dies für einen Bruchteil des Planungskredits machen. Es ist nice to have. Es wäre wirklich nice, wenn wir das hätten, aber wir müssen heute Prioritäten setzen. Das wird glaub auch in der Bevölkerung verstanden, wenn wir schauen über welche andere Positionen wir heute gestritten haben. Wir unterstützen das Postulat.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die FDP ist klar der Meinung, dass die Gemeinde gezielt sinnvolle Projekte in der heutigen Finanzlage planen und realisieren soll. Dazu gehört diskussionslos der Lindenplatz. Dass es ein Wunsch der Bevölkerung ist, kann nicht bestritten werden, mit dieser Petition und der Teilnehmerzahl am Workshop. Man hat bereits angefangen mit dieser Planung, indem man den Workshop durchgeführt hat. Man hat die Wünsche und die Vorstellungen abgeholt. Für uns wäre es jetzt scheinheilig, wenn wir jetzt das Projekt abbrechen, respektive verschieben an die kantonale Planung. Der Planung sagt im Moment 2019. Aber was ist in ein paar Jahren? Er hat auch schon einmal gesagt, dass der Baubeginn 2015 ist. Dass die Baslerstrasse 2019 wirklich saniert wird, glauben wir noch nicht ganz. Das Projekt für den Lindenplatz muss jetzt auf die Beine gestellt werden. Wann wir es umsetzen, können wir immer noch schauen, ob man sich mit dem Kanton einigen oder es gleichzeitig mit der Baslerstrasse machen kann. Vielleicht sagt Allschwil dann auch, dass wir es früher haben wollen. Die CHF 250'000 wollen wir sprechen, damit die Planung weitergehen kann.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zuerst eine Präzisierung bezüglich Freiraumkonzept. Mangelhaft hat nichts mit den Zuständen der Geräte zu tun. Das hat damit zu tun, dass es nicht ganz so viel abwechslungsreiche Sachen dort hat. Es ist alles in einem guten, respektive sehr guten Zustand, so wie es dasteht. Es ist keine Gefährdung vorhanden. Das Wort mangelhaft kann man auch anders verstehen. Es ging beim Konzept nur darum, dass gesagt wurde, dass es zu wenig Abwechslung gibt. Darum ist es mangelhaft und nicht weil die Geräte nicht gut sind. Wenn wir jetzt anfangen, Geld zu sprechen und weiterplanen, in fünf Jahren machen wir dann etwas und nehmen dann nochmals Geld in die Hand, anstatt dies zusammen zu machen, dann kommt mir das wie an anderen Orten in der Gemeinde Allschwil vor, wo es auch uferlos wurde. Bitte nicht nochmals so eine Aktion. Besser zuwarten und dies mit dem Kanton absprechen, dann klappt das auch. Es heisst im Freiraumkonzept nicht, dass man es sofort umsetzen muss. Es ist eine Empfehlung. Ich respektiere die Unterschriftensammlung, ich respektiere auch, dass man mit diesen Leuten zusammengesessen hat. Man kann dies auch noch in fünf Jahren lesen, wenn es nicht geshreddert wurde. Und dann kann man da weitermachen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich muss jetzt doch noch meine persönliche Meinung sagen zu diesem Geschäft. Wir haben viele Projekte in der Planung, wir sind am Realisieren und im Moment haben wir nicht noch viele Projekte offen. Es ist absolut richtig, dass man Schritt für Schritt jetzt wieder ein Projekt in Angriff nimmt. In vier Jahren haben wir wieder andere Projekte, die dann dringend sind. Ich folge dem Gemeinderat, es ist richtig, wie er es macht.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Persönlich bin ich nicht dagegen, dass beim Lindenplatz etwas geändert wird. Das Bedürfnis ist da, das wurde klar zum Ausdruck gebracht. Mir leuchtet es nicht ein, weshalb wir jetzt etwas machen sollen und danach kommt der Kanton und macht dann wieder etwas. Ob der Kanton mit der Baslerstrasse das macht, was er uns einmal gesagt hat, das steht in den Sternen, das wissen wir nicht. Das ist das leidige Verhältnis, das es halt gibt zwischen Kanton und Gemeinde. Jemand reisst die Strasse auf und macht das Gas und macht wieder zu. Dann kommt der nächste, macht wieder auf, macht das Wasser und macht dann wieder zu. So kann man eine Koordination herstellen und ich bin davon überzeugt, dass wir Synergien gewinnen, wenn man eine Umgestaltung oder eine Verbesserung mit dem Umbau der Baslerstrasse koordiniert. Ich meine, dass wir dieses Budgetpostulat annehmen sollen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte mich kurz fassen, um nichts zu wiederholen. Wir sprechen jetzt Geld für eine Planung, welche wir in mittlerer Zukunft nicht brauchen werden. Wer weiss, ob diese Planung in vier bis fünf Jahren nicht völlig überholt ist? Man soll das Geld dann ausgeben, wenn es konkret wird.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann Ihnen versichern, dass wir selbstverständlich auch unsere Planung mit dem Kanton abstimmen. Die Strasse ist geplant und wir wären nicht parat gewesen mit dem Lindenplatz. Genau das möchten wir jetzt nachholen, diese Zeit haben wir jetzt und das möchten wir nutzen. Bitte lehnen Sie dieses Postulat ab.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Die Baslerstrasse führt doch nicht mitten durch den Lindenplatz, auch wenn die Planung verändert wird. Der Lindenplatz bleibt so bestehen, wie er ist. Letztlich geht es auch um ein psychologisches Moment. Wir müssen endlich die Neu-Allschwiler respektieren und wahrnehmen. Sie möchten den Lindenplatz gerne ausgebaut haben und das soll jetzt endlich passieren.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Herr Gadola, das stimmt nicht ganz. Es kommt darauf an, was mit den Tramschienen und dem Tramhüsli dort passiert. Das hat einen grossen Einfluss auf den Lindenplatz und auf den Park. Es ist schwachsinnig jetzt etwas zu tun. Ich war bis vor ein paar Jahren beim Lindenplatz zuhause. Meine Kinder wohnen immer noch dort, sie finden es immer noch lustig. Sie finden es deswegen nicht traurig, auch wenn die Sachen älter sind. Man kann es brauchen und man kann damit spielen. Die paar Jahre können wir uns Zeit nehmen. Wir haben es gehört, verstanden und akzeptiert, was die Bevölkerung dort gesagt hat. Wir warten auch alle darauf, dass die

Baslerstrasse vertraglich saniert wird. Wir warten immer noch und wir können nichts machen, wenn der Kanton nicht vorwärts macht. Dann müssen wir das denen halt verklickern, dass wir warten müssen, weil der Kanton noch nicht so weit ist. Man kann ein Signal geben und sagen, dass man es verstanden hat und dass wir sie ernst nehmen. Man muss nicht immer so tun, als würden wir die beim Lindenplatz vergessen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, dass es nicht um die Thematik Lindenplatz oder Dorfplatz geht, das ist das falsche Argument. Ich habe an mehreren Orten gehört, dass man gerne dem Kanton die Schuld dafür gibt, dass er Sachen aufschiebt. Man muss sich auch Gedanken machen, weshalb es aufgeschoben wird. Gemeinden im Baselbiet haben Schulhäuser in so einem himmeltraurigen Zustand hinterlassen, sodass dem Kanton das Geld nur noch so wegläuft. Das hat der Kanton nicht so vorgesehen. Er wusste nicht, dass die Gemeinden so Rappenspalter sind, nichts investieren und dann alles dem Kanton übergeben. Natürlich muss er auch Massnahmen ergreifen, so wie wir auch Massnahmen ergreifen. Jetzt einfach dem Kanton den schwarzen Peter zuschieben, ist an dieser Stelle schwach.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich habe kurz auf der Homepage nachgeschaut, wie das mit dem Freiraumkonzept ist. Es ist so, wie ich es gesagt habe. Der Spielplatz wird im Freiraumkonzept als stark verbesserungswürdig bezüglich Ausstattung, Interaktionswert und Spielwert dargestellt. Es muss dringend etwas gemacht werden. Es geht nicht darum, dass wir das sofort umsetzen. Es geht darum, dass wir jetzt der Bevölkerung zeigen, dass man das ernst nimmt, weiter plant und dann umsetzt, wenn es zusammen mit der Baslerstrasse Sinn macht.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag zum Budgetpostulat. Der Antrag lautet: Die im Konto budgetierten CHF 250'000 werden um vier Jahre ins Budget 2019 verschoben. Die im Finanzplan 2015 – 2019 budgetierten CHF 500'000 im 2016 und die CHF 500'000 im 2017 werden ebenfalls um vier Jahre verschoben.

://:

Dieser Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4.1.13

Budgetpostulat von Matthias Häuptli, Jérôme Mollat und Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals, Einfrierung Lohnsumme, Konto 3010, Geschäft 4201B.12

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Ich bitte darum, dass wir das Blatt auflegen, das ich vorhin gegeben habe. Wir stellen den Antrag, dass wir den Budgetposten für den Lohn des Betriebs- und Verwaltungspersonals einfrieren auf dem Stand 2014. Für das nächste Jahr wird mit keinem Teuerungsausgleich gerechnet. Effektiv hatten wir in diesem Jahr eine Negativteuerung. In dieser Situation ist es einigermaßen überraschend, dass die Löhne für das Verwaltungs- und Betriebspersonal trotzdem um 2,64% steigen. Wenn man zurückschaut, wie das in den vergangenen Jahren war, drei Jahre zurück ins Jahr 2012, dann sind im Budget CHF 13'010'000. Inzwischen sind wir bei CHF 14'300'000, welche für das nächste Jahr budgetiert sind. Das ist ein Anstieg von 10,17% in drei Jahren. Jedes Mal, wenn man die Begründung anschaut, dann wurde gesagt, dass man keine Teuerung hat, hingegen habe man den Stufenanstieg und sonstige Erhöhungen aufgrund des Lohnsystems eingerechnet und dann hätte es noch zusätzliche Stellen- und Pensenerhöhungen gegeben. Auch dieses Jahr wird gesagt, dass es keine Teuerung gibt, hingegen wurde der Stufenanstieg detailliert berechnet. Das ist der Knackpunkt. Den Stufenanstieg kann man nicht detailliert berechnen, den kann man nur abschätzen. Es gibt zwei Faktoren. Jeder Verwaltungsangestellte steigt jährlich in der Stufe an, das ist kalkulierbar. Man kann nicht kalkulieren, dass bei allen Mutationen ein gegenläufiger Effekt da ist. Wer pensioniert ist auf der höchsten Stufe, wird durch jemanden ersetzt, der auf einer niedrigeren Stufe angesetzt ist. Die ganze Lohnskala, die

jeder Verwaltungsangestellte durchläuft, steigt nicht jährlich an. Jeder läuft die Treppe hoch, aber die Treppe bleibt am gleichen Ort. Wir hatten keine Reallohnerhöhung. Wenn wir Fluktuationen haben durch Kündigung, dann wird in der Regel jemand angestellt, der weniger Erfahrung hat und darum in der Erfahrung tiefer ist. Der Stufenanstieg ist im Durchschnitt und mittelfristig erfolgsneutral. Das führt nicht zu Mehrkosten. Zu Mehrkosten führt allenfalls, wenn man Leute höher einstuft, wenn man Stellen in andere Lohnklassen umteilt und wenn neue Stellen geschaffen werden. Hier haben wir einen Sammelposten, der angeblich für den Stufenanstieg ist, der gesetzlich vorgeschrieben ist. Das ist so und das stellen wir nicht in Frage. Gleichzeitig hat es Sachen drin, die im Ermessen des Gemeinderates stehen. Er hat Einflussmöglichkeiten bei Neuschaffung von Stellen oder wenn Stellen höher positioniert werden, anderer Stellenbeschreibung, andere Aufgaben und dadurch höhere Lohnklassen. Darum ist es nicht so, dass dieser Antrag gesetzeswidrig oder rechtswidrig ist. Der Ermessensspielraum der Gemeinde soll ausgenutzt werden. Wir sehen nicht ein, weshalb der Lohnaufwand für das Verwaltungspersonal jedes Jahr steigen soll.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Budgetpostulat abzulehnen. Unter anderem ist der Gemeinderat der Meinung, dass dieses Budgetpostulat unzulässig ist. Der Gemeinderat stellt sich klar auf den Standpunkt, dass die Personalkosten gebundene Ausgaben sind. Deshalb gibt es in diesem Bereich keinen zulässigen Handlungsspielraum für ein Budgetpostulat. Ein anderes Argument ist, dass Sie hier drin bereits über die Thematik Stufenanstieg beschlossen haben, nämlich als es um die generelle Leistungsüberprüfung ging. Es wurde hier drin entschieden, dass wir einen einmaligen Verzicht auf eine Lohnrunde ablehnen. Das heisst, der Stufenanstieg soll weiter laufen, wie das bis anhin der Fall war. Es ist vielleicht richtig, wenn Sie sagen, dass man es nicht kalkulieren kann, aber man kann es budgetieren und das haben wir gemacht. Und dann noch das letzte Argument, das fast das stichhaltigste ist. Wenn wir diesem Budgetpostulat zustimmen, dann würden wir die ganzen Personalkosten auf den Stand gemäss Budget 2014 einfrieren. Das Budget 2014 ist bereits heute Geschichte, weil Sie zusätzliche Stellen in der Zwischenzeit bewilligt haben, seit Sie letzten Dezember 2013 das Budget 2014 genehmigt haben. Das ist unter anderem eine zusätzliche Schulsekretariatsstelle, die hier drin bewilligt wurde. In diesem Sinn würde das zu dem unsinnigen Resultat führen, dass wir letzten Endes wieder Leute entlassen müssen, die wir schon angestellt haben. Das kann nicht wirklich Sache sein. Der Gemeinderat stellt sich darum auf den Standpunkt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Stephan Wolf, Vizepräsident Fireko: Die Fireko schliesst sich der Meinung des Gemeinderates vollumfänglich an. Die Kommission ist auch der Meinung, dass das Budgetpostulat letztendlich rechtswidrig ist. Die Personalausgaben sind gesetzlich vorgeschrieben und diese lassen sich nicht durch ein Budgetpostulat verändern. Es gibt den Erfahrungsstufenanstieg und es gibt den Teuerungsausgleich, der hier zugegebenermassen eine kleine Rolle spielt. Aber das sind vertragliche und gesetzliche Pflichten, die die Gemeinde zu erfüllen hat und daran muss sie sich halten. Das Budgetpostulat würde daran nicht viel ändern, sollte das angenommen werden, weil es vorgeschriebene Ausgaben sind. Man kann diese nicht mit einem Budget tiefer machen. Die Fireko ist darum grossmehrheitlich zum Schluss gekommen, dass wir das Budgetpostulat ablehnen, soweit man überhaupt darauf eintreten kann.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Vor mir haben drei Juristen gesprochen, ich kann da nicht mithalten. Ich schimpfe mich seit 15 Jahren Gewerkschafter. Wir haben in unserer Gemeinde eine angespannte Finanzlage. Einige behaupten, dass uns das Geld ausgeht. Wenn wir dieses Budgetpostulat annehmen, dann, so behaupte ich, geht uns das Personal aus. Bitte überlegen Sie sich das gut, wir brauchen auch in Zukunft motiviertes Personal.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich bin auch nicht Jurist und ich habe auch Probleme. Ich habe ein absolutes Verständnisproblem. Ich verstehe es nicht mehr. Herr Häuptli, geht es Ihnen darum, dass eventuell bei der Budgetierung dem zu wenig Rechnung getragen wurde, dass bei Personalmutationen niedrigere Löhne budgetiert wurden, oder geht es Ihnen hier um etwas anderes? Ich habe gut zugehört und ich habe Sie nicht richtig verstanden. Ich verstehe das Budgetpostulat nicht mehr und die Antwort des Gemeinderates verstehe ich auch nicht mehr. Ich habe das Gefühl, dass wir nicht vom Gleichen reden. Ich wäre froh, wenn Herr Häuptli nochmals sagt, um was es ihm geht, wenn die anderen auch dieser Meinung sind.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Es wurde viel vom Stufenanstieg gesprochen. Es geht nicht um den Stufenanstieg, diesen stellen wir nicht in Frage. Wir sagen, dass dieser nicht der Grund sein kann, weshalb wir einen Anstieg um 2,67% haben. Diese Begründung verhebt nicht. Ich weiss ein bisschen, von was ich spreche. Ich bin selber Staatsangestellter, aber in einem anderen Kanton. Ich funktioniere auch in diesem System, das haben wir auch so in Basel-Stadt. Dahinter steht ein Sammelposten. Ich lese in der Begründung des Gemeinderates, dass es effektiv nur 40% der Belegschaft sind, die vom Stufenanstieg betroffen sind. Das liegt daran, dass gewisse Stufen glaub nur alle zwei Jahre dran kommen. Bezüglich der budgetierten Lohnsumme sind es weniger als 0,6% der genannten 2,64%. Im Klartext sind 2,04% nicht systembedingt, sondern das sind Stellen, die neu geschaffen wurden. In dieser Situation, wo wir überall vom Sparen reden, fehlt mir das Verständnis, dass man sagt, dass wir überall sparen und nur das Notwendigste machen. Gleichzeitig steigt der Personalaufwand dort, wo man Spielraum hat. Es geht nicht um das Lehrpersonal, das ist eine andere Position und das ist gebunden. Aber beim Verwaltungspersonal, wo es nicht gebunden ist, hat man Einfluss. Man kann auch einmal eine Stelle nicht besetzen oder ein Pensum reduzieren. Dieser Spielraum hat der Gemeinderat, selbst wenn man noch eine Sekretariatsstelle neu schaffen muss. Es kann nicht sein, dass es unmöglich ist, mal etwas irgendwo zu kompensieren. Da fehlt mir das Verständnis für den Anstieg von 2% der Personalkosten.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Niggi, du bist Gewerkschafter, das ist korrekt. Ich mache auch ein bisschen Gewerkschaftsarbeit im Geschäft. Aber du weisst genauso gut wie ich, als es der Stadt Basel finanziell schlecht ging, dass wir auf etwas verzichten mussten, und zwar ganze zehn Jahre lang. Ich frage mich – das hat jetzt nichts mit dem Postulat zu tun, aber es ist ein Denkanstoss -, ob man mal etwas einfrieren kann für so und so lange, bis es der Gemeinde besser geht und dann wieder hervorholt. Das wäre eine Situation, wo man auf der Ausgabenseite streichen kann. Es geht nicht ums Wegnehmen, sondern ums Einfrieren. Das haben wir auch mal erlebt und wenn er ehrlich ist, dann sagt er jetzt ja.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Bei den Stellenwechseln ist es nicht immer so, dass jemand ersetzt wird mit jemandem, der weniger Erfahrung hat und damit weiter unten ist. Ich habe die Erfahrung im staatsnahen Betrieb gemacht, dass ich Kündigungen durch teurere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ersetzen musste, weil ich auf das Knowhow nicht verzichten konnte, und vor allem mehr brauchte als von den Leuten, die gekündigt haben.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte noch zwei Sachen sagen, das erste hat mein Vorredner bereits gesagt. Nicht jede Stellennachfolge ist automatisch in einer tieferen Erfahrungsstufe. Ob man ein Pensum reduziert oder nicht, ist nicht primär eine Frage des Geldes, sondern des Arbeitsanfalles. Wenn die Arbeit da ist, dann muss sie gemacht werden unabhängig des Geldes.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Das ist richtig, wir haben vor Jahren gelitten. Das heisst aber nicht, dass ich das heute immer noch toll finde. Ich habe es bereits damals nicht toll gefunden und ich möchte es unseren Gemeindeangestellten nicht zumuten.

Jürg Vogt, Präsident: Ich finde es gut, wenn wir zum Antrag kommen können und darüber abstimmen, der Antrag lautet: Es sei die Position 3010 der Artengliederung bzw. die Gesamtsumme aller Positionen 3010 auf dem Stand 2014 einzufrieren.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Traktandum 2.2

Detailberatung

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

2 Bildung

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich möchte hier nur mein Lieblingsthema Kindergärten zu Protokoll geben, weil wir dort eine exorbitante Steigerung der Kosten haben. Ich möchte das zu Protokoll geben. Das macht mir grosse Sorgen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe das ausgerechnet bezüglich der Lehrerkosten. Ich habe fünf und sieben Monate gerechnet. Zusammen käme man auf CHF 2'100'000. Vom Kanton erhalten wir CHF 1'000'000 zurück, weil die sechste Klasse zu uns kommt. Stimmt das, dass wir bei den Ausgaben des Lehrpersonals rund CHF 1'000'000 Kostenanstieg haben beim Lohn? Die Antwort kann auch schriftlich sein.

Jürg Vogt, Präsident: Danke Herr Spiegel, dann fahren wir weiter.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

4. Gesundheit

5. Soziale Sicherheit

6 Verkehr

7 Umweltschutz und Raumordnung

8 Volkswirtschaft

9 Finanzen und Steuern

Jürg Vogt, Präsident: Wir gehen weiter zur Investitionsrechnung.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

2 Bildung

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Musikschule, Umnutzung der Ex-Hauswartswohnung ist einer dieser Punkte, wo das Budget leicht überschritten wurde. Wieso ist das so?

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist die Elektrifizierung und die IT-Anlage, welche man in den Dachstock zügeln musste im Zuge der Verbesserung des Projekts neu Sekretariat und Büro des Musikschulleiters. Dazu musste man IT und Elektrifizierung raufziehen, das konnte man vorher nicht sehen.

Philippe Adam, 2. Vizepräsident:

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

4 Gesundheit

5 Soziale Sicherheit

6 Verkehr

7 Umweltschutz und Raumordnung

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte die Beratung über das Budget, Geschäft 4201, abschliessen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

Joseph Hammel, Hauptabteilungsleiter Finanzen – Steuern: Ich möchte Ihnen kurz etwas zu den Änderungen sagen, die sich ergeben haben aus den Budgetpostulaten, aus dem Walmerhaus und der Parkraumbewirtschaftung. Der Verlust gemäss Erfolgsrechnung aus dem ursprünglichen Budget betrug CHF 673'104. Durch den Entscheid des Einwohnerrates die Liegenschaft Walmerhaus zu behalten, verbessert sich das Nettoergebnis um CHF 25'500. Durch das Behördenreferendum bei der Parkraumbewirtschaftung verschlechtert sich das Budget um CHF 22'500 netto. Man kann nicht davon ausgehen, dass eine Einführung im 2015 möglich sein wird. Durch die Beibehaltung der Winterhilfe verschlechtert sich das Ergebnis um CHF 20'000. Durch die Beibehaltung eines Wahlganges verschlechtert sich das Budget um CHF 9550. Wir landen schlussendlich bei einem Ergebnis von CHF 699'654. Bei den Netto-Investitionen aufgrund des Lindenplatzes hatten wir zuerst CHF 44'312'600, jetzt sind es CHF 44'062'600.

Jürg Vogt, Präsident: Danke für diese Ausführungen, wir wissen somit ziemlich genau, wie es aussieht und können darüber beschliessen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat wie folgt zu beschliessen:

1. Das Budget 2015 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.

://

Das Budget 2015 wird mit 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

2. Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird unverändert auf 58.0% der Staatssteuer festgelegt.

://

Dieser Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

3. Ich frage den Rat an, ob ich darauf verzichten kann, Antrag 3 vorzulesen? Ich sehe Stillschweigen, wir stimmen ab.

a) *Kapitalgesellschaften / Genossenschaften*
Ertrag 5.00%
Kapital 2.75‰

b) *Vereine, Stiftungen, übrige Juristische Personen*

Ertrag 58.00% der Staatssteuer

Kapital 2.75‰

c) *Holdingsgesellschaften*

*Liegenschaftsnettoertrag 58.00% der Staatssteuer
von ausländischen Quellen*

besteueretes Einkommen 5.00%

Kapital 0.10‰ mind. CHF 100.00

d) *Domizilgesellschaften*

Kapital 0.50‰ mind. CHF 100.00

://:

Dieser Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Wir haben das Budget 2015 geschafft. Ich schliesse die Sitzung mit den besten Wünschen für schöne Festtage.

ENDE